

Wochensatz 30 Pf., monatlich 1,00 M., im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. enthält Postgeb. Auslandsabonnament 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Donnerstags und Samstags einmal, die Sonderausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Süddeutsche Post“, „Volk und Welt“, „Völkerverständnis“, „Formen internationaler Politik“, „Fortschritt“, „Licht“, „Wort in die Welt“, „Licht“, „Wort in die Welt“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die ständige Korrespondenz des Vorwärts: K. v. K. — Reichswahl. „Kleine Anzeigen“ des Vorwärts: 25 Pfennig (gültig auf 1000 Zeichen). Jedes weitere Wort 2 Pfennig. Einmalige Anzeigen des Vorwärts: 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienangelegenheiten Seite 60 Pfennig. Anzeigen im Hauptvertrieb: Anzeigenkarte 2, monatlich von 12 bis 17 Tage.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Pöndorf 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Vertriebskonto: Berlin SW 336. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkonto Lindenstr. 1

Reichsetat 1929.

Fehlbetrag auf 500 Millionen herabgedrückt. — Die Deckungsvorschläge des Reichsfinanzministers.

Am Montag wird das Reichskabinett die Beratung des ihm vom Reichsfinanzminister vorgelegten Reichsetats für 1929 beginnen. Es ist eine unendlich schwere Aufgabe, die der Lösung harret. Man wird damit rechnen müssen, daß zu den durch die trostlose Finanzlage gegebenen Schwierigkeiten auch noch Schwierigkeiten rein politischer und parteipolitischer Art in Höhe und Fülle dazutreten werden. Wieder einmal muß eine Regierung, an der die Sozialdemokratie führend beteiligt ist, die Höhe der Erbschaft liquidieren, die Rechtsregierungen durch sorgfältiges Verhalten hinterlassen haben. Man kann nicht oft genug betonen, daß die Notwendigkeit, Deckung für einen Fehlbetrag von rund 700 Millionen Mark zu beschaffen, auf die restlose Verausgabung von Reserven durch frühere Regierungen und durch das automatische Steigen der Reparationslasten hervorgerufen worden ist.

Die gegenwärtige Regierung hat das Defizit nicht hervorgerufen, sie hat es vorgefunden.

Daher kann man ihr auch keine Vorwürfe machen, daß die Vorlegung des Etats an die gesetzgebenden Körperschaften länger gedauert hat als in früheren Jahren. Dieser behauerliche Zustand tritt übrigens an Bedeutung hinter die Notwendigkeit zurück, den Etat unter allen Umständen zu balancieren und Deutschland gerade im Hinblick auf die schwebenden Reparationsverhandlungen vor dem Vorwurf des Auslandes zu bewahren, es tue nicht alles, um seine Finanzen in Ordnung zu halten. Selbstverständlich entspricht der neue Etat dieser Anforderung, er balanciert mit etwa 6 Milliarden in Einnahmen und Ausgaben.

Gegenüber dem Haushaltsplan des ablaufenden Etatsjahres ergab sich ursprünglich die Notwendigkeit, einen Fehlbetrag von über 700 Millionen neu aufzubringen. In langwierigen Verhandlungen mit den einzelnen Ressorts ist dieser Fehlbetrag auf rund 500 Millionen herabgedrückt worden. Zu diesem Zweck wurden Abschnitte im Haushalt des Reichswehrministeriums und des Reichsverkehrsministeriums vorgenommen, aber auch Änderungen an den Fonds, die das Reichsarbeitsministerium und das Reichsinnenministerium verwalten. Zuverlässige Einzelheiten über diese Reformen, ihren tatsächlichen Umfang und ihre Bedeutung fehlen noch.

Das gleiche gilt von den Vorschlägen, die das Reichsfinanzministerium zur Deckung der restlichen 500 Millionen gemacht hat. Fest steht lediglich, daß diese 500 Millionen aufgebracht werden sollen durch eine Erhöhung der Biersteuer im Betrag von 165 Millionen Mark, durch eine Steigerung des Ertrages des Spiritusmonopols in Höhe von 90 Millionen Mark. Außerdem soll die Vermögenssteuer um 20 Proz. erhöht werden, was einen Mehrertrag von 104 Millionen Mark jährlich bedeutet. Bei der Erbschaftsteuer sind Verschärfungen geplant. Vor allem ist an die Wiederbesteuerung des Gattenerbes gedacht, also an die Befreiung der berechtigten, im Jahre 1922 entstandenen Legitimationen, mochten im ersten Jahr bereits ein Mehrertrag von 20 Millionen erwartet wird.

Schließlich soll auch die Volk-, deren Finanzlage sich günstig entwickelt hat, statt des bisherigen Zuschusses von 100 Millionen einen Zuschuß von 126 Millionen an die Reichskasse leisten. Sodann wird eine Verringerung des Finanzausgleichs in der Weise vorgeschlagen, daß das Reich neben seinem Anteil von 25 Proz. an der Einkommen- und Körperschaftsteuer einen weiteren Betrag von 120 Millionen erhält.

Das sind einstweilen nur Vorschläge des Reichsfinanzministers, die als Grundlage für eine Verständigung im Reichskabinett gedacht sind, damit unabhängig von der etwaigen Umbildung und Befestigung Reichsrat und Reichstag möglichst bald an die Bearbeitung des Etats herangehen können. Ob das Reichskabinett diesen Vorschlägen zustimmen wird, ob sie später eine Mehrheit im Reichsrat und im Reichstag finden werden, ist außerordentlich fraglich. Gegen die Erhöhung der Biersteuer opponiert in schärfster Weise die Bayerische Volkspartei. Auch andere Parteien haben starke Bedenken, ob sich eine so wesentliche Erhöhung der Biersteuer im jetzigen Augenblick rechtfertigen läßt. Gegen die Erbschaftsteuer und gegen die Vermögenssteuer ist die Gegnerschaft in allen bürgerlichen Parteien noch größer. Schon im gegenwärtigen Stadium bezeichnen die Rechtsblätter die Verringerung der Erbschaftsteuer und die Erhöhung der Vermögenssteuer als untragbar und undisziplinabel.

Auch die Sozialdemokratie hat den Vorschlägen des Reichsfinanzministers gegen-

Poincaré will bleiben!

Begen der internationalen Verhandlungen. — Antwortrede an die Linke.

Paris, 11. Januar. (Eigenbericht)

Der Ausgang der Debatte über die allgemeine Politik der Regierung ist bereits am Donnerstag durch die Erklärung des Ministerpräsidenten, daß er unter allen Umständen auf seinem Posten durchhalten wolle, entschieden worden. Da Poincaré im voraus einer Mehrheit, wenn auch nur von wenigen Stimmen, sicher ist, wird er wider eine Zerstörung auf seine Stelle regieren können.

Die Debatte war trotzdem nicht vergeblich. Sie hat durch eine reinliche Scheidung der Geister eine Klärung der Situation gebracht. Der ausgesprochenen Rechtsmajorität, auf die sich das Kabinett stützt, steht die Linke in geschlossenem Kampfstellung gegenüber. Der Schwerpunkt der Kritik des Sozialisten Frossard lag nicht darin, daß die Regierung ein solches Programm verfolge. Es ist die von Poincaré künstlich erhaltene Formel der „Nationalen Einigkeit“ und die aus ihr folgende Zweideutigkeit der Lage, gegen die der sozialistische Abgeordnete sich wandte. „Es ist nötig, daß in diesem Hause sich eine Mehrheit bilde.“ Dieses Ziel der Opposition ist durch den Verlauf der Debatte auf jeden Fall erreicht worden. Es ergab sich die Befestigung dessen, was Boncour und Jouhaux mit ihrer Demission ausgezweigt hatten. Frankreich besitzt eine Rechtsregierung, wobei es nichts ausmacht, daß die Furcht vor der Opposition eine gewisse lähmende Wirkung auf manche Herren der Rechten ausübt. So freundlich deshalb die Interpellationsredner auftraten, die Rückmeldung dieses Schauspielers einer geschlossenen Opposition wird im Laufe zu spüren sein. Die Rechte hat verkündet, daß die Linksparteien den Sieg wollten, um hinterher verkünden zu können, daß sie geschlagen wurden. In Wahrheit hatte die Linke eine weitere Stufe zum Siege durchgeschritten, und das ist schon viel.

Die Fortsetzung der Debatte wurde am Freitag eingeleitet durch den radikalen Berthod, der im Auftrag seiner Gruppe deren Stellungnahme begründete. Berthod erklärte, die Radikalen hätten heute den Augenblick zur Zurückgewinnung ihrer Aktionsfreiheit für gekommen. Aber sie seien bereit, die Regierung im Hinblick auf die kommenden außenpolitischen Verhandlungen zu unterstützen, trotzdem sie seit 1926 für diese Unterstützung belohnt worden seien. Der Budgetertrag aber bestünde nun nicht mehr, insbesondere nach dem Vorstoß der Regierung in der Frage der Rentenversicherung. Was die Missionen betreffe, so sei die Partei zu Zugeständnissen bereit, aber man dürfe den Lehrenden der Lehrenden Orden nicht gestatten. Als Berthod weiter erklärte, der Außenminister könne bei seiner Friedenspolitik auf die Radikalen zählen.

rief Briand, der Ministerpräsident und er seien einer Meinung.

Wahr, erwiderte der radikale Abgeordnete, der Ministerpräsident und seine Mehrheit sind nicht einer Meinung. Ein Beweis hierfür seien die Erklärungen von Führern der Rechten. Genau sei hierfür die Regierung nicht verantwortlich, aber man führe in Deutschland die Verschleppung der Verhandlungen auf den Eintritt der Rechten in die Regierung zurück. Berthod kam dann auf die Kampagne gegen das Parlament zu sprechen und fragte, mit wem denn Poincaré die republikanischen Institutionen verteidigen wolle. Die Radikalen hätten keine Einwendungen gegen die Person Poincarés, aber man müsse wissen, ob die Mehrheit des Hauses derjenigen des Landes entspreche, die links sei. Berthod lehnte schließlich nochmals die Zusammenkunft der Radikalen mit der Rechten ab.

Nach der Rede Berthods, die im ganzen Hause sehr starken Eindruck hinterließ, ergab sofort Ministerpräsident

Poincaré

das Wort. Poincaré wies gleich zu Beginn seiner Rede darauf hin, daß die Regierung ja noch gar nicht ihr Programm entwickelt habe. Wenn eine Mehrheit in der öffentlichen Meinung bestünde, so müßten die unklar gebliebenen Punkte angeklärt werden.

über völlig freie Hand. Es ist anzuerkennen, daß die Deckungsvorschläge das ständige Bestreben nach einem Ausgleich der verschiedenartigen Interessen zeigen. Die vielfach geforderte Erhöhung der Umsatzsteuer um 1/2 Proz., die sogar von vielen Länder- und Gemeindeverwaltungen befürwortet wird, wird nicht vorgeschlagen. Aber auch wenn man das Bier als entbehrliches Verbrauchsmittel ansieht, muß man gegen eine so erhebliche Erhöhung der Besteuerung gewichtige sachliche Bedenken erheben. Um so mehr, weil die Verschärfung der Vermögens- und Erbschaftsteuer kein ausreichendes Äquivalent ist und die sonstigen Lücken im Besteuerungsnetze nicht ausgefüllt werden.

Einstweilen muß man jedoch abwarten, was das Reichskabinett mit den Vorschlägen des sozialdemokratischen Reichs-

heute wolle man der Regierung den Kredit entziehen, und zwar in dem Augenblick des Beginns wichtiger Verhandlungen. Aus welchem Grunde? Darüber müsse die Opposition Klärung geben.

Der Ministerpräsident ließ dann auf die Frage zur Verteidigung seiner Politik wieder einmal eine seiner bekannten Schilderungen der „Nationalen Einigkeit“ bisher erzielten Resultate folgen. Niemals habe im Kabinett die geringste Mißstimmung geherrscht, bis wegen der Artikel 70 und 71 Meinungsverschiedenheiten (über die Missionen) entstanden seien. Mehrere frühere Minister seien der Ansicht gewesen, daß diese Artikel in vielen Punkten unannehmbar seien. Das Kabinett habe sich ihrer Ansicht gefügt.

Zwei Jahre lang habe das Kabinett der Nationalen Union in voller Einmütigkeit bestanden, bis plötzlich in den Parlamentarierien Schwierigkeiten wegen der Wiederzulassung der Missionengesellschaften nach Frankreich entstanden und der Kongress der Radikalen in Angers die Einigung zerbrach. Es sei ihm persönlich „sehr peinlich“ gewesen, eine neue Regierung ohne die Radikalen, denen er vier Siege angeboten habe, bilden zu müssen. Er habe sich aber in das Unannehmliche gefügt. Es sei falsch zu behaupten, daß er ein Kabinettsmitglied geblieben habe. Poincaré bemüht sich dann, die Loyalität seiner Rechtsminister zu beweisen, ein Bemühen, das ihm zahlreiche energische Zwischenrufe von den Linken und einen kurzen Wortwechsel mit dem sozialistischen Abgeordneten Grumbach einbringt.

Endlich kommt Poincaré auf sein Reformprogramm zu sprechen. Aber noch muß er erst eine prinzipielle Erklärung abgeben:

„Eine Krise im gegenwärtigen Augenblick wäre unangenehm, betont er. Aber sie würde viel schlimmere Folgen haben, wenn sie erst in einigen Wochen ausbräche mitten in die Verhandlungen der Sachverständigen hinein. Die Kammer muß also heute abend noch klar und deutlich sagen, ob sie der Regierung folgen will oder nicht.“

Über einige wenige Punkte können und müßte man sich einigen, und zwar zunächst über die unbedingte Notwendigkeit, die Republik und das parlamentarische Regime gegen alle Angriffe zu verteidigen, woher sie auch kämen. Weiter könnte es die Regierung nicht zulassen, daß die Souveränität des Staates dem Parlament genommen und von irgendwelchen Gruppen oder Verbänden und seien es selbst die Beamtenverbände — usurpiert würde. Der Staat respektiere jede religiöse Überzeugung, aber er werde dabei nicht an die Laienschule rühren lassen. Für das Budget von 1929 stellt Poincaré Steuererleichterungen in wertlichem Ausmaß sowie Erhöhung der Beamtengehälter und der Pensionen in Aussicht.

In diesem Zusammenhang streift er kurz den Stand der „Gazette du France“ und erklärt: Es müsse restlose Klarheit geschaffen werden, um zu zeigen, daß niemand von den Parlamentariern konspiriert sei. Poincaré zählt dann weiter die übrigen Programmpunkte auf, unter denen auf wirtschaftlichen Gebieten vor allem zwei wichtige Punkte zu erwähnen sind. Es gelte vor allem die Zahl der Zwischenhändler zwischen Produktion und Verbrauch zu vermindern und im Interesse des sozialen Friedens ein Schlichtungsgefäß zu schaffen, das die Schlichtungsverhandlungen bei jeder Streikmöglichkeit obligatorisch mache.

Poincaré geht nun zur auswärtigen Politik über und erklärt hier zunächst, daß es niemals einen Gegenlag zwischen ihm und Briand gegeben habe. Er entspreche dann ein ausführliches Bild der Verhandlungen, die in Genf zur Vorbereitung der Revision des Dawesplanes geführt worden sind. Er erklärt weiter, er habe die französische Regierung nicht bindend in diese Verhandlungen hineingehalten lassen wollen. Deshalb habe er darauf bestanden, daß die

Minister sich über ihre Mindestforderungen einigten,

von denen Frankreich die Annahme des Sachverständigenausschusses abhängig machen müsse. Er selbst habe für Frankreich diese Forderungen bereits in seiner Rede in Carcassonne bekannt gegeben.

finanzministers beginnen wird. Da die letzte Entscheidung mehr als jemals zuvor im Reichstag liegt, so wird die Sozialdemokratie alle Anstrengungen machen, um die Massen des deutschen Volkes über den Ernst der Gesamtsituation und über den Ernst für jeden einzelnen Arbeiterhaushalt zu unterrichten.

Die Massen des deutschen Volkes, die seit zehn Jahren ungezählte Opfer für Reich und Volk gebracht haben, haben ein Recht darauf, daß ihre Interessen besonders geschützt werden und daß die durch eine sorglose Finanzpolitik des Bürgerblocks veranlaßten neuen Steuern nicht zu einer Vermehrung derjenigen Lasten führt, durch die die soziale Not verschärft und die Lage der Massen erschwert wird.

Bezahlung der Schulden Frankreichs an die Allierten und Beitrag zu den Wiederaufbaukosten. Er hoffe aber zuversichtlich, dass Poincaré, daß die Sachverständigen zu einem Resultat kommen, das den berechtigten Interessen der Allierten sowie den als berechtigt anerkannten Interessen Deutschlands voll kommen gerecht werde. Die französische Regierung habe jedenfalls vorläufig noch die Hände frei, das Gutachten der Sachverständigen entweder abzulehnen oder zum Damesplan zurückzuführen, der durch die Wohlstandskrise eventuell eine Erhöhung der Annuitäten zulasse. Um dieses Programm durchführen zu können, schloß Poincaré, bedürfe die Regierung einer breiten Mehrheit.

Nachrichtigung.

Wie uns nach Mitternacht aus Paris berichtet wird, hat gegen 11 Uhr abends nach einer Sitzungspause eine Nachsitzung begonnen. Die Abstimmung dürfte erst lange nach Schluß des Blattes erfolgen. Eine klare, wenn auch nicht erhebliche Mehrheit für die Regierung gilt nach wie vor als sicher.

Rampf um die Fideikommission!

Der sozialdemokratische Antrag zu Fall gebracht. — Die preussische Regierung hat das Wort.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion brachte im Landtag einen Antrag ein zur beschleunigten Auflösung der Fideikommission. Der Antrag verlangte die Abänderung wesentlicher Punkte der Zwangsaufhebungsverordnung vom 10. November 1920 mit einer Fristsetzung zum 31. Dezember 1931. Zu diesem Termin sollten alle Fideikommissionen aufgelöst sein. Dieser Antrag stand im Rechtsauspruch des Landtages zur Beratung.

Hg. Rosenfeld (Soz.) trug als Berichterstatter die Absichten der Antragsteller vor. Er schilderte an Hand von Beispielen, wie durch die Auslegung und Anwendung der Zwangsaufhebungsverordnung seit 120 viel zu wenig geteilt sei. Außerordentlich bedeutend sei vor allen Dingen, daß von der als aufgelöst bezeichneten Bodenfläche wieder ganz erhebliche Flächen neu gebunden wurden durch die Schaffung von Wald, Land, Wein- und Viehweiden. Der Redner ging ausführlich auf die Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung zur Fortführung der Betriebe und auch auf die oftmals recht schwierige Lage der Gläubiger ein. In zahlreichen Fällen sind sogar kleine Handwerker, die für große Fideikommissionen arbeiteten, durch die fideikommissionellen Bestimmungen um den Ertrag ihrer Arbeit gekommen. Die Antragsteller wollen durch die Gleichstellung der Erbberechtigten nach dem Fideikommissionengesetz mit den Erbberechtigten nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch die Benachteiligung der ersten Gruppe beseitigen. Ferner wird eine rechtliche Gleichstellung der Pächter der Fideikommissiongrundstücke in der Geltendmachung ihrer Ansprüche gegen die Verpächter mit den Pächtern auf freien Grundstücken angestrebt. In der Debatte traten natürlich die Rechtsparteien entschieden für die Beibehaltung der bevorrechtigten Stellung der Fideikommissionen ein.

Hg. Jürgensen (Soz.) schilderte noch einmal die Notwendigkeit des sozialdemokratischen Antrags.

Die Kommunisten stellten einen besonderen Gesetzentwurf auf entschädigungslose Enteignung zur Beratung.

Recht eigenartig war das Verhalten der Regierungsparteien. Gleich zu Beginn der Verhandlung wurde ein demokratischer Antrag eingebracht, der den sozialdemokratischen wesentlich abschwächte. Das Zentrum erklärte, für den demokratischen Antrag stimmen zu wollen, der bis zum 1. Juni 1929 die Vorlage eines Gesetzentwurfes verlangt, durch den die Unzulänglichkeiten beseitigt werden sollen.

Angelichts dieser Sachlage blieb nichts anderes übrig, als den deutschnationalen Antrag zur Annahme zu bringen. Die Staatsregierung hat nunmehr das Wort. Hoffen wir, daß der in Aussicht gestellte Gesetzentwurf die Fortschritte bringt, auf die die Sozialdemokratie im Allgemeininteresse den allergrößten Wert legen muß.

Deutschland und Polen.

Gegenschrift beim Völkerverbund.

Genf, 11. Januar.

Die Bemerkungen der Reichsregierung zu drei polnischen Wiederkündigungen über den Gebrauch der polnischen Sprache an Eisenbahn- und Poststationen in Deutsch-Oberschlesien, ferner in den deutschen Schulen in Oberschlesien durch die Kinder polnischer Wiederkündigen, und über eine angeblich unterstellte Behandlung Angehöriger der polnischen Wiederkündigen durch die deutschen Behörden sind beim Generalkonsul in Breslau eingetroffen.

Die Verurteilung Lembourns.

Hatte er einen dänischen Auftraggeber?

Kopenhagen, 11. Januar. (Eigenbericht.)

Die Verurteilung des dänischen Hauptmanns Lembourn zu 8 Jahren Zuchthaus wegen Spionage hat hier viel Staub aufgewirbelt. Die konservative Presse hält das Urteil für zu hart, während die Blätter der Linken es im großen und ganzen gerechtfertigt finden. Der allem interessiert hier, ob Lembourns Angelegenheit vor dem Reichsgericht, daß er seine Spionage auf Veranlassung eines dänischen Offiziers und nicht im Auftrage einer fremden Regierung betrieb, sich als sich selbst erweist oder ob er sich damit nur vor der Anklage, für eine fremde Macht zu spionieren, habe retten wollen. Die Nachrichtenabteilung des dänischen Generalstabs streitet jedenfalls jede Verbindung mit Lembourn ab. Inwiefern tatsächlich ein dänischer Offizier in Frage kommt, dürfte sich erst ergeben, wenn die dänische Regierung sich dazu entschließt, eine Untersuchung anzuordnen. Barhäufig will die dänische Regierung eine amtliche deutsche Darstellung abwarten.

Der Verteidiger Lembourns ist in Kopenhagen eingetroffen um dem Außenministerium über die Verhandlung zu berichten. Es ist anzunehmen, daß der Verteidiger der Regierung auch Ausschluß über den geheimnisvollen dänischen Offizier zu geben vermag, den angeblich Lembourn bisher verweigert. Angesichts der nachdrücklichen Forderung der Linken nach gründlicher Klärung des Falles wird die Regierung nicht umhin können, die Angelegenheit bis in ihre letzten Einzelheiten zu verfolgen.

Dollenscheid in Amerika. Der Republikaner Hamilton Fish brachte im Abgeordnetenhaus den Antrag auf Einführung des Zollenscheidens im Falle eines Angriffskrieges ein; diese Forderung sei die logische Folge des Kellogg-Pakt, die Verteidigung der überlieferten amerikanischen Politik wie z. B. der Monroe-Doktrin werde dadurch nicht berührt.

Die südslawische Diktatur.

Ultimatum an die Parteien.

Zagreb, 11. Januar. (Eigenbericht.)

Die Regierung hat die „unabhängig-jugoslawische Partei“, die der (längst verbotenen) Kommunistenpartei nahesteht, aufgelöst. Allen anderen Parteien, die schon durch den Diktatorerlass des Königs als verboten gelten, ist eine fünfjährige Frist zur Umänderung, ob und unter welcher Form sie sich neugründen wollen, gestellt. Dies gilt auch für die Sozialdemokratische Partei.

In der soeben eingetroffenen Marburger „Vollstimme“, dem einzigen deutschen sozialdemokratischen Blatt in Südslawien, vom 6. d. M., finden wir an der Spitze folgenden Aufruf:

Allen Parteianhängern!

Im Verlauf der Sozialkrisis, die durch den zehn Jahre langen Kampf unserer Bourgeoisie um die Macht heraufbeschworen wurde, hat am 6. Januar der König eine Proklamation erlassen, womit die Verfassung vom 28. Juni 1921 aufgehoben und durch ein neues Gesetz über die königliche Gewalt und Reichsverwaltung ersetzt wurde.

Mit der Aufhebung der Verfassung sind

alle Volksfreiheiten abgeschafft,

die Nationalversammlung und alle Selbstverwaltungskörperschaften aufgelöst.

Antwortspruch an die neugeschaffene Lage im Staate wurde

das Gesetz zum Schutze des Staates verhängt,

womit alle politischen Parteien, welche Stammes- oder Religionscharakter tragen, aufgelöst, das Vereinsrecht eingeschränkt und alle Versammlungen und Zusammenkünfte ohne polizeiliche Erlaubnis verboten sind.

Wir lassen uns in keine Erörterung des neu geschaffenen Zustandes und der Bestimmungen ein, sondern erachten es nur als unsere Pflicht, alle Parteigänger von diesen neuen Verhältnissen in Kenntnis zu setzen.

Wir können jedoch nicht darüber hinweg, ohne daß wir die Parteigänger und die Diktatur darauf aufmerksam machen, daß die Klassenbewußten Arbeiter keine Verantwortung für die geschaffene Lage im Staate tragen.

Wohl aber trifft die Schuld

alle bourgeois Stammesparteien,

die Schuld für alles andere, mit unerklärlicher Konsequenz das Verfassungsgesetz zur Katastrophe geführt haben;

diese allein tragen die Verantwortung

dafür.

Thesen.

Hinter den Kulissen bolschewistischer Fraktionenkämpfe.

Zum Werkzeug jedes Kommunisten gehören die Thesen, die Plattformen, die Linien. Was sind sie? Sind sie wichtige Lehrmeinungen von Politikern und Theoretikern von innerem Erkenntniswert, die neue wirkliche Einsichten in die soziale Gesetzmäßigkeit widerspiegeln? Nichts von dem! Was sie wert sind, zeigen einige Enthüllungen Trozki's.

Der Kampf gegen Trozki begann mit der sogenannten „literarischen Diskussion“ im Jahre 1924 gegen das Trozki'sche Buch, die Lehren des Oktober. Der Sinn war, aus der Geschichte Material gegen Trozki herauszufischen. Als Trozki später einen Bloß mit Sinowjew, seinem Gegner von 1924, gebildet hatte, fragte er ihn:

„Sagen Sie, bitte, wenn ich die Lehren des Oktober nicht veröffentlicht hätte, würde die sogenannte „literarische Diskussion“ gegen den „Trozkismus“ irgend etwas stattgefunden haben oder nicht?“

Ohne zu schwanken, antwortete Sinowjew: „Selbstverständlich waren die „Lehren des Oktober“ nur ein Vorwand, sonst wäre der Anlaß ein anderer, die Formen der Diskussion wären etwas andere geworden, nichts weiter.“

Dasselbe Thema wurde in einer Aussprache zwischen Trozki, Sinowjew, Kamenew, Wschewitsch und Leningrader Bolschewisten erörtert. Trozki berichtet:

„Ich erinnere mich ganz genau der Worte, die Wschewitsch dem Leningrader entgegenstellte:

„Stellt die Sache nicht auf dem Kopf. Den „Trozkismus“ haben wir zusammen mit euch im Kampfe gegen Trozki erfunden. Wie müßt ihr das nicht einsehen. Ihr heißt nur Stalin! usw.“

Genosse Sinowjew sagte: „Man muß doch erkennen, was war. Es war ein Kampf um die Macht. Die Kunst bestand darin, die alten Meinungsverschiedenheiten mit den neuen Fragen zu verknüpfen. Dazu wurde der „Trozkismus“ erfunden...“

Kadef bestätigte diese Darstellung in folgendem, von Trozki veröffentlichten Schreiben:

„Ich war bei dem Gespräch mit dem Genossen Kamenew zugegen, als L. B. (Kamenew) sagte, er werde im Namen des ZK offen erklären, wie sie, d. h. Kamenew und Sinowjew, zusammen mit Stalin, beschlossen hatten, alle Meinungsverschiedenheiten zwischen Trozki und Lenin auszuräumen, um Trozki nach Lenins Tode nicht zur Führung der Partei zuzulassen. Außerdem habe ich aus dem Munde Sinowjews und Kamenews wiederholt gehört, wie sie den „Trozkismus“ als aktuelle Parole „erfunden“ haben.“

Hier tritt offen hervor, wie im Machtkampfe der Diktatoren untereinander Thesen und Plattformen erfunden werden, um den persönlichen Kampf um die Macht zu verdecken. Darin liegt eine Erklärung dafür, daß nach der Verteidigung solcher Machtkämpfe die obliegende Partei einfach die Thesen der unterlegenen sich in der Praxis eignen kann, so wie Stalin die Trozki'sten um ihr ökonomisches Programm bestohlen hat.

Die Theorie der Bolschewisten ist die Dirne des Machtkampfes der Diktatoren. Das Groteske daran ist, daß es unter den ausländischen, namentlich den deutschen Kommunisten, immer noch naive Leute gibt, die solche Thesen als den kühnsten höchsten marxistischen Weisheit verehren und mit heiligem Eifer, aber wenig Erfolg, innere Wahrheitswerte darin suchen.

Man muß doch erkennen, was war. Es war ein Kampf um die Macht. Das ist eben das Schändliche, daß in Sowjet-

Andem wir die Parteigänger auf die neuen Verhältnisse aufmerksam machen, rufen wir sie auf den schönen Idealen des Sozialismus treu zu bleiben und in diesen schweren Tagen den festen Glauben in unsere glückliche Zukunft zu bewahren.

Landesparteiassessor
der Soz. Part. Jug. für Slowenen.

Kroatien unter Diktatur.

Briefgenur — Passverweigerung — Unterdrückung.

Budapest, 11. Januar.

Der Kroatenführer Maschek äußerte gegenüber dem Sonderberichterstatter des „Petit Heral“, es sei eine Tochter, ihm eine Neuerung zuzuschreiben, als ob die Kroaten mit der jüngsten Wendung zufrieden wären. In Kroatien und im Generalstab sei die Meinung allgemein, daß die Diktatur sich gegen die Existenz des Kroatenentums richtete. Auf jersicher Seite gebe es kein einziges Mitglied der Regierung, das parteipolitisch nicht exponiert wäre. Um dem Ausland Sand in die Augen zu streuen, habe man auch drei Kroaten ins Kabinett aufgenommen, die tatsächlich außerhalb jeder Partei stehen. Die Ernennung Charlugas zum Finanzminister betrachteten die Kroaten als Provokation. Er sei von Serbien zum Finanzminister bestellt worden, weil man glaube, daß eine Auslandsanleihe leichter zu erlangen sei, wenn man sagen könne, der Finanzminister sei Kroate. Die Kroaten erklären der Welt, daß sie die Anleihe der Diktatur nicht anerkennen. Verpflichtung für Kroatien ist nur eine vom kroatischen Sabotage loslösende Anleihe. Die Kroaten fühlen instinktiv, daß die Diktatur sich gegen ihre Selbstständigkeits- und Freiheitsbewegung richtet. Sie wissen recht gut, daß schwere Tage folgen werden. Es handelt sich jedoch um einen letzten Unterdrückungsversuch. Mißlingt dieser, so wird es kein Mittel mehr geben, um die Kroaten im Südslawenstaat behalten zu können. Im Ugriker Bezirk wird Briefgenur ausgeübt. Den Kroaten werden Auslandsbriefe verweigert. Seit der Ausruhm der Diktatur ist Kroatien geradezu hermetisch von der Außenwelt abgeschlossen. Deshalb vermag die Diktatur im Ausland Nachrichten über die Freude der Kroaten zu verbreiten. Die Kroaten wissen, daß die Diktatur keinen prosozialen, sondern dauernden Charakter hat und den Zweck verfolgt, mit Hilfe des Absolutismus zu erreichen, was mit anderen Mitteln nicht möglich war, nämlich die Serbisierung der Kroaten. Die Kroaten hatten Genugtuung für die Ermordung Radich's verlangt und erhielten die Diktatur, die auf die Vernichtung des Kroatenentums ausgeht.

russland scheinsozialistische Lehren und marxistische Phrasologie zur demagogischen Bemäntelung von Machtkämpfen mißbraucht werden.

Bolschewisten untereinander.

In einem Briefe eines oppositionellen Kommunisten an das Bezirks-Parlament in Kiew heißt es:

„Uns ist es bekannt, daß Ihr in letzter Zeit die Agenten der G. P. U. veranlaßt, bewußt falsche Angaben zu machen, als ob er gehört habe, daß die Opposition für die Hintertreibung der G. P. U. vorbereitungslos agitiere usw. Ihr schreit demagogisch auf den Funktionärversammlungen der Jugend: das ist Konterrevolution! Ihr erlaubt dem Berichterstatter des Bezirkskomitees, an die Adresse der Opposition zu erklären: „Wenn es nötig sein wird, werden wir Euch erschlagen!““

Der Fall Frieders.

Die Thüringer Regierung gewährt keinen Strafausschub.

Weimar, 11. Januar. (Eigenbericht.)

Der Thüringische Oberstaatsanwalt im Wartestand Dr. Frieders, hatte sich seiner Verhaftung zum Zwecke des Strafantritts durch die Flucht nach Wien entzogen. Von dort aus richtete er an die thüringische Regierung das Gesuch, ihm für eine in nächster Zeit stattfindende Verhandlung vor der Dienststrafkammer in Weimar freies Geleit zu gewähren. Hierzu sollte die thüringische Regierung folgenden Beschluß:

„Die Staatsregierung sieht sich nicht in der Lage, dem Oberstaatsanwalt L. W. Dr. Frieders, der sich zurzeit der Strafpostrückführung durch die Flucht ins Ausland entzogen hat, von neuem Strafausschub zu gewähren. Sie ermächtigt aber das Justizministerium, dem Dr. Frieders, wenn er sich bis zum 21. Januar 1929 der Strafvollstreckungsbehörde stellt, unter der Bedingung, daß er sich der Strafvollstreckung dann nicht wieder entzieht, Strafunterbrechung solange zu gewähren, als es zur Beendigung der Hauptverhandlung vor der Dienststrafkammer angebracht erscheint.“

Der Beschluß des Landtags, Dr. Frieders zu begnadigen, wird auch von der jetzigen Regierung noch ausgeführt.

Zür die landwirtschaftliche Gesundung.

Verständigung zwischen der Preussischen und den Reichsorganismen.

Von der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste und der Reichsorganismen-Organisation wird mitgeteilt:

Die zwischen der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste und den Verwaltungsorganisationen der Reichsorganismen-Organisation seit längerer Zeit geführten Verhandlungen haben zu einer Gesamtverständigung geführt. Es ist damit die finanzielle Voraussetzung für die von beiden Seiten erstrebte Vereinheitlichung und Rationalisierung des gesamten ländlichen Genossenschaftswesens geschaffen und die ruhige Abwicklung der Geschäfte der Deutschen Reichsorganismen-Organisation gewährleistet. Die heute getroffenen Vereinbarungen werden von der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste ihrer Aufsichtsbehörde und seitens der Deutschen Reichsorganismen-Organisation unversöhnlich unterbreitet.

Genosse Dr. Adolf Braun mußte vor zwei Wochen, wie wir damals mitteilen, wegen akuter Erscheinungen eines Nierentumors in ein Krankenhaus gebracht werden. In den letzten Tagen ist er freilich wieder in dem Beständen des Pastenens eine erhebliche Besserung eingetreten.

Der Hungerstreik der polnischen Gefangenen in Moskau hat sein Ende gefunden, da die Einzelenden fast vollkommen erschöpft waren.

Die Strafrechtsreform.

Die Verletzung der Amtspflicht im neuen Strafrecht.

Der Strafgelassene (Sog.) legte in seiner gestrigen Sitzung die Beratung der Bestimmungen über die Verletzung der Amtspflicht fort. In § 129 des Entwurfs wird mit Zucht- haus bedroht ein Amtsträger oder Schlichter, der bei der Leitung oder einer Entscheidung einer Rechtssache in der Absicht, einen Beteiligten zu begünstigen oder zu benachteiligen, willkürlich das Recht beugt.

Abg. Marum (Sog.) begründete einen sozialdemokratischen Erweiterungsentwurf, der den Zweck verfolgt, ganz allgemein bei Ausübung eines Amtes in einer Rechtssache willkürliche Rechtsbeugung unter Zuchthausstrafe zu stellen. Zur Begründung führte der sozialdemokratische Redner an, daß Fälle der Rechtsbeugung doch manchmal vorkommen. Sie seien besonders eklatant gewesen im Hitler-Prozess, wo der Vorsitzende trotz der zwingenden Vorschriften Kläufelder bei Vergehen gegen das Republikstrafgesetz mit Ausweisung zu bestrafen, Hitler gegenüber die Anwendung dieser Bestimmung nicht für „angemessen“ gehalten habe.

Abg. Hölllein (Komm.) machte unter Bezugnahme auf den Tagdeburger Prozess den Richtern Hofmann und Kölling den Vorwurf der Rechtsbeugung, gegen den Ministerialrat Schäfer als Vertreter der preussischen Regierung Einspruch erhob, auch wegen der Tatsache, daß das Verfahren gegen diese beiden Richter noch schwebt.

Staatsrat Nöhllein protestierte als Vertreter der bayerischen Regierung gegen die Behauptung des Abg. Marum, daß der Vorsitzende im Hitler-Prozess das Recht verkannt habe. Nicht der Vorsitzende sei für das Urteil verantwortlich, sondern der ganze Gerichtshof.

Abg. Marum erwiderte, daß diese Verwahrung des bayerischen Vertreters sich nur auf den von ihm gegen den Vorsitzenden des Hitler-Gerichts erhobenen Vorwurf beziehe, nicht aber auch darauf, daß in jenen Fällen das Recht gebeugt worden sei. Wenn nicht der Vorsitzende, dann habe eben die Mehrheit des Gerichtshofs das Recht gebogen, dann haben mehrere das Verbrechen der Rechtsbeugung begangen. Dadurch werde die Sache nicht besser, sondern schlimmer.

Staatsrat Nöhllein erwiderte darauf, daß er eine Rechtsbeugung nicht anerkennen könne. Wenn die Behauptungen des Abg. Marum zuträfen, dann könne nur eine unrichtige Rechtsanwendung in Frage kommen, nicht aber eine Rechtsbeugung.

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Erweiterungsentwurf abgelehnt. Außer Sozialdemokratie und Kommunisten stimmten nur Abg. Ehlertmann (Dem.) für diesen Antrag. Der Hospitant der Demokratischen Partei, Herr Löbe, stimmte mit den Rechtsparteien.

Die Bestimmungen des Entwurfs über Rädigung, Diebstahl, Unterschlagung, unrichtige Beglaubigung im Amt wurden nach den Vorschlägen der Regierung angenommen. Einen sozialdemokratischen Antrag zu § 132 auf Milderung, der die angeordnete Strafe ermäßigen wollte und der vom Abg. Marum begründet wurde, wurde abgelehnt.

Erpressung von Auslagen.

§ 137 bedroht mit Zuchthausstrafe denjenigen, der Zwangsmittel anwendet, um Auslagen zu erpressen. Abg. Hölllein wies auf die Untersuchungsmethoden vieler Richter, insbesondere des bekannten Untersuchungsrichters Dr. Boas hin, der auch in dem Prozesse gegen ihn, Redner, unzulässige Methoden angewendet habe.

Ministerialrat Bumke nahm Herrn Bögel unter dem Hinweis in Schutz, daß alle Beschwerden vom übergeordneten Gericht zurückgewiesen seien.

Abg. Dr. Rosenfeld (Sog.) erwiderte, daß diese Zurückweisung gar nichts bedeute, da es sehr schwer sei, Vorkänge, bei denen unbetreffende Zeugen nicht dabei gemeldet seien, so festzustellen, daß ein Richter oder Polizeimajor überführt werde, der Zwangsmittel anwende, um Auslagen zu erpressen. Leider kämen solche Fälle bei Polizei und Gericht immer noch vor. Die sozialdemokratische Forderung werde alles tun, um diese Mißstände zu beseitigen. Es sei immer zu befürchten, daß mit Strafvorschriften solche Mißstände nicht aus der Welt geschafft werden.

§ 137 wurde ebenfalls nach den Vorschlägen des Entwurfs angenommen.

§ 138 bedroht mit Gefängnisstrafe einen Polizeibeamten, der bei gemeiner Gefahr oder bei inneren Unruhen sich seiner Dienstpflicht entzieht oder Vorschriften in Dienstfachen nicht befolgt. Ein sozialdemokratischer und kommunistischer Antrag auf Streichung dieses Paragraphen lag vor. Abg. Dr. Rosenfeld begründete den sozialdemokratischen Antrag, der hinweist darauf, daß das Disziplinarrecht ausreiche, um Beamten, die sich in dieser Weise vergingen, zu bestrafen.

Ministerialdirektor Bumke erklärte, daß die Länder über die Notwendigkeit dieses Paragraphen geteilter Ansicht seien. Preußen lasse auf ihn keinen Wert, auch der Justizminister und der Innenminister seien mit der Streichung einverstanden.

Die Streichung wurde gegen die deutschnationalen Stimmen beschlossen.

Bei der Feststellung der Tagesordnung für die nächste Sitzung, die am Montag stattfinden soll, entspann sich eine Diskussion über den kommunistischen Antrag, in einem besonderen Abschnitt des Strafgelassenen Schuldbestimmungen zugunsten der Arbeitstrasse zu lassen.

Kommunistische „Führung“.

Abg. Dr. Rosenfeld beantragte, daß schon am Montag die Beratung stattfinden soll; nach der heutigen „Roten Fahne“ hätten die Kommunisten in dieser Frage angeblich in der letzten Sitzung „die Führung an sich gerissen“ (allgemeine Hilarität). Die Sozialdemokraten müßten gegenüber dieser völlig unbegründeten Behauptung um so mehr Wert auf die schnelle Beratung dieser Frage legen. Die Sozialdemokratische Partei habe immer das größte Gewicht auf den Schutz der Arbeitstrasse gelegt und schon der Alier Paritätstag habe besondere Schutzeschriften für die Arbeitstrasse gefordert.

Die Kommunisten erklärten sich erstaunlicher Weise mit einer Verchiebung der Beratung einverstanden. Der sozialdemokratische Antrag auf Beratung am Montag wurde von den bürgerlichen Parteien und den Kommunisten abgelehnt. Die Kommunisten haben also die Führung, die sie in der Frage des Schutzes der Arbeitstrasse nach ihrer Behauptung an sich gerissen haben, schnell wieder an die Sozialdemokratie abgegeben. Sie erkannten wohl selbst, daß ihnen diese Führung nicht zusteht.

Nächste Sitzung Montag nachmittag 4 Uhr.

Praktische Abschaffung der Todesstrafe.

Neue Hinrichtungen mehr in Neu-Strass.

Wie die Landesregierung für beide Mecklenburg von zuständiger Stelle erzählt, ist der am 19. Juni 1928 wegen Ermordung des Anwaltsschweizers in Blankenese vom Mecklenburger Schöffengericht zum Tode verurteilte Agent Otto Brauer in der gestrigen Staatsanwaltschaft zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden. Brauer wird sofort nach Neu-Strass nach dem Zuchthaus Dreßberg überführt werden. Die Revision, die Brauer gegen das Todesurteil eingelegt hatte, war kürzlich vom Reichsgericht verworfen worden.

Akademische Jugend.



Der Jung' Nagel fand in dem Saal den Sohn eines in der Burg wohnenden Amtsrichters, einen Studenten des Rechts, damit beschäftigt, sich mit einer eifenschnelleren Methode im Speerwerfen zu üben. Als Hiesige bemerkte ihm die kostbare Renaissance-Eitelung des Saales. Als Nagel entz. fragte: „Aber was machen Sie denn da?“ antwortete der Student: „Wegwe send „Ach das ist doch bloß Dais!“ (Aus dem Kabarett „Der Biederbrau-Praxer“.)

„Setze, wer die Reize abhaut, hat jesiegt!“

Ueber 2 1/2 Millionen Arbeitslose.

Bekämpfung der Krise tut not.

Die Zunahme der unterstützten Arbeitslosen hat sich, wie amtlich mitgeteilt wird, auch in der zweiten Hälfte des Monats Dezember fortgesetzt. Die weitere Steigerung ist zu einem großen Teil auf die letzte Witterung, im übrigen auf konjunkturelle Einflüsse zurückzuführen. In der Arbeitslosenversicherung betrug die Zunahme der Hauptunterstützungsempfänger in der Berichtszeit 31 Proz. gegenüber 26,2 Proz. in der Zeit vom 1. bis 15. Dezember, und 27,9 Proz. in der Zeit vom 16. bis 30. November. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger liegt von rund 1300000 auf 1702000, das ist um 402000. Von dem Zuwachs entfallen auf die männlichen Hauptunterstützungsempfänger 356000 (Zunahme 34,5 Proz.), auf die Frauen 45000 (Zunahme 17,4 Proz.). Am 31. Dezember 1927 wurden in der Arbeitslosenversicherung rund 1183000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Die diesjährige Zahl übersteigt somit die des Vorjahres um 514000 oder um 43 Proz.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung liegt in der Berichtszeit von rund 116800 auf 127400, das ist um 10600 oder um 9 Proz. Von dem Zuwachs entfallen auf die Männer 8600, auf die Frauen 1900. Verhältnismäßig ist die Zunahme bei den männlichen und weiblichen Hauptunterstützungsempfängern fast gleich.

Die Erwartungen der größten Bestmüßen sind also noch überschritten worden. Am 1. Januar wurden 1 1/2 Millionen Menschen in der Arbeitslosenversicherung und fast 125000 in der Krisenunterstützung, zusammen also 1330000 Personen unterstützt. Die Steigerung in der zweiten Dezemberhälfte ist über alles Erwarten hoch. Allein in der Arbeitslosenversicherung sind zwischen dem 15. und 31. Dezember über 400000 Personen hinzugekommen, und zwar in überwiegendem Maße Männer. Das deutet daraufhin, daß die Ursachen für diese katastrophale Entwicklung des Arbeitsmarktes nicht mehr nur in Saisongründen

liegen können, trotzdem der anhaltende Frost in fast sämtlichen Teilen des Reiches seine Wirkung auf die Außenberufe natürlich nicht verfehlen kann. Die unerwartet hohe Zunahme zeigt, daß die konjunkturellen Einflüsse auf dem Arbeitsmarkt in verschiedenen Industriezweigen sich immer schärfer ausprägen. Nach fürchtbare Wirkungen die Novemberauspektion im Rheinland-Westfalen auf die gesamte Wirtschaftslage gehabt hat — viel schlimmere Wirkungen, als die Industriellen wahrhaben wollten und zugeben — zeigen die erschütternden Ziffern der Arbeitslosenversicherung. Wenn sich auch das Tempo der Zunahme trotz des anhaltenden Frostes im Januar deshalb etwas langsamer gestalten wird, weil die durch die Saison freigesetzten Kräfte im überwiegenden Maße bereits bei den Arbeitnehmern eingeschrieben sein dürften, so ist doch für Mitte Januar mit einer Unterstütztenzahl in der Arbeitslosenversicherung von über 1,9 Millionen und in der Krisenunterstützung von 150000 Personen zu rechnen, so daß heute mindestens 2 Millionen Unterstützte in der Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung vorhanden sein dürften. Wenn man die Zahl der nichtunterstützten Arbeitslosen nur gering mit 500000 Personen für den gegenwärtigen Zeitpunkt annimmt, so ergeben sich über 2 1/2 Millionen Arbeitslose. Das bedeutet, daß etwa 13 Proz. der in der Wirtschaft tätigen Arbeitnehmer (zirka 19 Millionen Arbeiter und Angestellte) arbeitslos sind. Zu diesen Personen treten noch Frau und Kind, die mit ihnen das harte Los der Arbeitslosigkeit zu tragen haben.

Diese unerwartete Entwicklung in der Arbeitslosenversicherung kann auf die Finanzlage der Reichsanstalt nicht ohne Einfluß bleiben. Die notwendigen Darlehen, die die Reichsanstalt in diesem Winter beim Reich aufnehmen muß, werden sicherlich auf den Betrag von 80 bis 90 Millionen, wenn nicht höher, ansteigen. Angesichts der katastrophalen Verschärfung der Wirtschaftslage ist es höchste Zeit, daß die öffentliche Auftragsvergabe systematisch in großem Umfange einsetzt.

Sieg des Afghaneraufstandes.

Zurücknahme der Reformen.

London, 11. Januar. (Eigenbericht.)

Aus Kabul wird gemeldet, daß das afghanische Regierungskollegium eine Proklamation des Königs Amanullah veröffentlicht hat, die eine völlige Revision aller Reformen und die Zurücknahme aller Reformpläne zur Verwirklichung des Landes zu sein scheint. In der Proklamation kündet Amanullah u. a. die Rückberufung der seinerzeitigen Bildungsbeamten nach der Türkei entsandten afghanischen Radscha, Wiedereröffnung des sogenannten Qurbah-Systems (Abschließung der Frauen von der Öffentlichkeit), Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht, Verbot aller Frauenorganisationen, Wiederherstellung der europäischen Kleidung an.

Nach ein Kampfbericht.

Kabul, 11. Januar. (Telephon.)

Wie aus Kabul gemeldet wird, dauern die Kämpfe zwischen den Regierungstruppen und den Barden Hahibullahs (genannt Barzakai Satau, „Sohn des Wasserträgers“) an. Wie es scheint, gewinnen die Regierungstruppen langsam an Boden. Jedoch ist nach mit längerer Dauer der Kämpfe in dem schwierigen Gelände zu rechnen. In Kabul trafen weitere Verstärkungen aus Kandahar ein, die mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen eintrafen.

Ein englisches Militärflugzeug landete am Donnerstag mit Posten in Kabul und flog wieder nach Beshawar zurück. Die Engländer haben sofort versucht, den günstigen Augenblick zur Einrichtung einer englischen Fluglinie zu benutzen, und sie haben bereits die Erlaubnis erhalten, bis auf weiteres einmal wöchentlich zwischen Kabul und Indien ein Postflugzeug abzugeben zu lassen.

Der verschwundene Thronfolgerer aufgefunden.

London, 11. Januar.

Wie aus Kandahar berichtet wird, gelang es, den vor kurzem verschwundenen afghanischen Prinzen Mohammed Omar Khan wieder aufzufinden. Er hatte sich in der Nähe der Stadt verbergen gehalten.

Chinagenerale hingerichtet.

Wegen Arbeit für Japan.

London, 11. Januar. (Eigenbericht.)

Aus Mukden, der Hauptstadt der Mandschurei wird gemeldet, daß der Sohn Tschanghoins, General Tschangfülang, der vor kurzem von der Nationalregierung in Peking zum Verteidigungs-Kommissar für den Bezirk Nordwestchina ernannt worden war, das Verbrechen von Mukden in Besitz genommen und zwei Generale Tang Yu Ting und Tschang Yin Hui hat standrechtlich erschossen lassen; mehrere Untergebene der beiden Generale wurden verhaftet. Der eine der beiden Erschossenen, General Tang Yu Ting, ein früherer Generalstabschef Tschanghoins, galt als einer der eifrigsten Persönlichkeiten der Mandschurei. Die beiden hingerichteten Generale waren beschuldigt im Interesse Japans gearbeitet zu haben. Internationale Komplikationen werden befürchtet.

Nord in Mexiko.

Ein kubanischer Kommun. ist das Objekt.

Mexiko-Stadt, 11. Januar. (Eigenbericht.)

Der hier lebende lateinamerikanische Kommunistenführer Julio Ansonio Rella, der durch seinen Hungerstreik in einem Gefängnis in Kuba bekannt geworden ist und aus Kuba ausgewiesen wurde, ist in der vergangenen Nacht auf der Straße ermordet worden. Die Täter feuerten auf ihn mehrere Schüsse ab und sind dann entflohen. Es besteht der Verdacht, daß die Mörder zur Durchführung des Nordplanes eigens von Kuba entsandt worden sind.

Der Slowakenführer Dr. Tula, Vorkämpfer der Autonomie, angeblich sogar der Abtrennung, ist nach Auslieferung durch das Prager Parlament in Untersuchungshaft. Seine Haftbeschwerden ist verworfen worden.

Für den Bau des Tunnels unter dem Meeresspiegel nach Frankreich sind 67 Mitglieder des Oberhauses und 112 Mitglieder des Unterhauses, dagegen 62 Peers und 11 Mitglieder des Unterhauses

Wahlkämpfe in Mexiko. Im Verlauf des Wahlkampfes um das Amt des Gouverneurs im Bundesstaat Hidalgo kam es zwischen den Anhängern der Kandidaten zu blutigen Zusammenstößen. Der als Kandidat aufzutretende frühere Landwirtschaftsminister Barres und seine Begleiter wurden von Anhängern des gegenwärtigen Kandidaten mit Waffen angegriffen. Im Verlauf der Auseinandersetzungen gab es drei Tote. Barres selbst wurde nicht getötet, sondern gezwungen, in ein nahegelegenes Dorf zu flüchten.

Metallarbeiterverband marschiert!

Die kommunistische „Opposition“ geht zurück.

Obwohl die Berliner Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes ihre Bilanz für das verfloßene Jahr noch nicht gezogen hat, kann schon jetzt gesagt werden, daß diese Organisation im Vorjahre einen gewaltigen Aufschwung genommen hat. Sie wird bestimmt das Jahr 1928 mit einem Mitgliederbestand von weit über 80 000 abschließen, also gegenüber dem Ende des Jahres 1927, wo sie rund 70 000 Mitglieder zählte, einen Gewinn von über 10 000 neuen Mitgliedern verzeichnen können.

Wie schon des öfteren in den Generalversammlungen, wird sich auch diesmal die sogenannte Opposition rühmen, daß es einzig und allein ihrer „Arbeitstätigkeit“ zuzuschreiben sei, wenn es auch im verfloßenen Jahre in der Organisation rüstig vorwärts gegangen ist. Die kommunistischen Funktionäre behaupten weiter, daß die neugetretenen Mitglieder fast ausnahmslos der gleichen revolutionären Auffassung seien wie sie. Die vor einigen Tagen in den 25 Groß-Berliner Bezirken des Metallarbeiter-Verbandes vorgenommenen Wahlen der Bezirksleitungen haben jedoch gerade das Gegenteil bewiesen.

Großsprecherisch und verlogen wie immer verkündet zwar die „Rote Fahne“ ihren Lesern „ein Anwachsen der oppositionellen Stimmzahl“ und „ein Erstarken der Opposition“, vermeidet es aber sorgsam, dafür auch nur den geringsten Beweis anzuführen. Die in den einzelnen Bezirkskonferenzen abgegebenen Stimmen zeigen aber, daß den Moskauer-Strategen allmählich die Seele wegzuschwimmen beginnt. In den zwei Bezirken, wo sie schon seit langem die Bezirksleitung in ihren Händen haben, ist es ihnen noch gelungen, ihre Position zu halten. In den anderen von Anhängern der Kämpferdamer Gewerkschaftsrichtung besetzten Bezirken sind ihre

Kandidaten, soweit überhaupt welche nominiert wurden, noch viel gründlicher unter den Tisch geblasen als in den Vorjahren.

Am ersten Bezirk existieren die Kommunisten einen ganz bösen Reizfall. Hier war bisher die Bezirksleitung paritätisch zusammengesetzt. Die Kommunisten konnten es nicht verhindern, daß sie diesmal gänzlich ausgeschafft wurden und ihre Sitze an die Kämpferdamer abgeben mußten. So sieht es in Wirklichkeit mit den „Erfolgen“ aus, von denen das Bolschewistenblatt ja so viel

Die Zerstörungsergebnisse in der A.P.D. bleiben eben nicht nur auf die kommunistische Parteibewegung beschränkt, sondern wirken sich auch auf die „Opposition“ in den Gewerkschaften aus. Auch in den Reihen der bisher kommunistisch orientierten Berliner Metallarbeiter bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß man mit Scheinradikalen Phrasen die Lage der Arbeiterschaft nicht verbessern kann. Es verlangen auch nicht mehr die von den Kommunisten immer wieder vorgebrachten Märdchen von den angeblichen Massen-ausschlüssen kommunistischer Funktionäre. Die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes hat wiederholt nachgewiesen, daß in den letzten Jahren wegen verbandsschädigenden Verhaltens nur sehr wenige Mitglieder ausgeschlossen worden sind. Die meisten Ausschlüsse in den letzten Jahren sind übrigens wegen Streikbruchs, Beiträgen und dergleichen erfolgt. Es ist nur zu wünschen, daß die Gründung innerhalb der Organisation der Berliner Metallarbeiter weiter fortschreitet und endlich der Zeitpunkt kommt, wo der ganze kommunistische Spuk der Vergangenheit angehört. Der Ausweg der Bezirksleitungsabwahlen sowie der gemaltige Mitgliederanzahl gibt zu der Hoffnung Anlaß, daß dieser Zeitpunkt nicht mehr fern liegt.

deren Bestätigung suchen. Vielleicht versuchen sie jetzt erneut, sich in ihrer Partei solche Extraditionen zu erlauben wie bisher in der Gewerkschaft. Sie würden bestimmt bald darüber bekehrt werden, daß sie in der A.P.D. nicht halb so viel und halb so lange aus der Reihe tanzen können, wie in einer freien Gewerkschaft. Die Berliner Ortsverwaltung des Verkehrsverbundes wird sich auch durch solche Gewaltmaßnahmen, wie sie in der Hochbahnverwaltung angewendet wurden, nicht beirren lassen, sondern sich ganz energisch dagegen wehren, daß ihre Veranstaltungen als politische Rummelpflege benutzt werden.

Wer zahlt den Ausschuß? Abwägung des Unternehmerrisikos.

Auf Beschluß der Vertrauensleute der Berliner Eisenformer und Berufsgenossen war dem Verband Berliner Metallindustrieller das sogenannte Ausschußabkommen zum 31. Dezember gekündigt und eine Erhöhung der Vergütung für die Gußstücke gefordert worden, die nicht durch die Schuld des Formers unbrauchbar, also Ausschuß geworden sind.

Trotz eingehender Verhandlungen mit den Vertretern des B.V.M. war es nicht möglich, die Unternehmer zu Zugeständnissen in dieser Frage zu bewegen. Die Metallindustriellen vertraten sogar die Auffassung, daß es an der Zeit sei, entgegen überhaupt keine Vergütung mehr für den Ausschuß zu gewähren, oder die bisher dafür gezahlten Sätze erheblich herabzusetzen. Ihr einziges Zugeständnis bestand darin, daß sie sich bereit erklärten, die Entschädigung für eigenes Werkzeug auf 33 Proz. des Stundenlohnes für die Handformer und auf 23 Proz. für die Maschinenformer und Kernmacher festzusetzen, wodurch eine geringe Erhöhung der bisher gezahlten Werkzeugentlohnung eintreten würde. Im übrigen sollte es bei den bisherigen Entschädigungssätzen für Ausschussarbeit bleiben.

Dieses „Angebot“ wurde in der Versammlung der organisierten Berliner Eisenformer und Berufsgenossen am Mittwoch in der Uhustraße mit großer Mehrheit abgelehnt, so daß nunmehr die Organisation versuchen wird, durch Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß die Unternehmer zu weiteren Zugeständnissen zu bewegen.

Blohm und Böh macht scharf. Aber die Antwort ist auch nicht von Dappe.

Hamburg, 11. Januar. (Eigenbericht.)

Das Scharfmachertum, das bei den Werftarbeitern in besonderer Weise sich zeigt, zeigt sich jetzt auch bei der Wiederaufnahme der Arbeit nach dem Werftarbeiterstreik. Die Werft von Blohm u. Böh, deren Direktor der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Graf H. hat trotz gegenteiliger Vereinbarungen, die zwischen den Parteien zu dem Schlichtungsgespräch getroffen wurden, 40 Werftarbeiter zum Streik gezwungen. Auf energische Vorstellungen des Betriebsrates wurde die Zahl der Gemahregelten auf 16 vermindert. Diese 16 Werftarbeiter will die Firma unter keinen Umständen wieder einstellen.

Die Gewerkschaften haben gegen dieses Vorgehen beim Verband der Eisenindustriellen energigehenden Einspruch erhoben. Die sofort eingeleiteten Verhandlungen haben bisher noch zu keinem Abschluß geführt. Inzwischen hat das Scharfmachertum der Firma Blohm u. Böh zu einer neuen Arbeitniederlegung bei den Schiffstischlern geführt. Circa 300 Schiffstischler haben sich wegen Wahrung einiger Forderungen geweigert, die Arbeit fortzusetzen. Die Firma will die Gemahregelten nicht wieder einstellen, weil sie angeblich arbeitsunfähig seien. Schon während des Streiks wurde gegen drei Schiffstischler Streikverstoß gestellt. Die Staatsanwaltschaft hat aber ein Vorgehen abgelehnt. Von der Staatsanwaltschaft nicht für nötig gefunden hat, will jetzt Blohm u. Böh nachhaken. Wenn die Firma Blohm u. Böh von ihrem Standpunkt nicht abgeht, ist auf einem Teil der Schiffstischler ein neuer Konflikt zu rechnen.

Tarifveränderung im Buchdruckgewerbe.

Wie der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ mitteilt, ist der Buchdruckerstand von den Vertragsparteien nicht gekündigt worden. Die Gültigkeitsdauer des Tarifs verlängert sich somit bis zum 31. März 1930. Ebenfalls verlängert sich die Reichstarife für das Buchdruckereihilfspersonal und für die in Buchdruckereien beschäftigten Buchdrucker. Dadurch bleiben für das gesamte Buchdruckgewerbe die bisherigen tariflichen Vereinbarungen auch weiterhin bestehen, soweit es sich um den Manteltarif handelt.

Abgelehnter Schiedspruch.

Die Arbeiter des gesamten sächsischen Expeditions- und Transportgewerbes haben am Donnerstag nachmittag den am 1. Januar gefällten Schiedspruch über den Mantel- und Lohnfortschritt im sächsischen Expeditions- und Transportgewerbe abgelehnt; die Unternehmer haben ihn angenommen. Es wird nunmehr erneut zu Verhandlungen vor dem Schlichter kommen.

Schiedspruch für die nordwestdeutschen Kraftwerke.

Unter dem Vorsitz des Schlichters Stenzel kam am 9. d. M. ein Schiedspruch zustande, welcher die Höhe in der Ueberlandzentrale Lübeck auf 1,25 Mark, für die Ueberlandzentrale Harburg-Wilhelmsburg auf 1,00 Mark und für das Kraftwerk Unterweser in Farge auf 1,06 Mark festsetzte.

Der Zentralverband der Maschinen- und Hütten- und die nordwestdeutschen Kraftwerke haben dem Schiedspruch zugestimmt.

In Leipzig streiken die Möbelpacker. Die Unternehmer wollen eine Lohnerhöhung von ganzen 2 Proz. auf zwei Jahre hinaus festgelegt wissen. Die Streikenden ersuchen, Zugang nach Leipzig fernzuhalten.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Sitz: Lützowden, folgende Veranstaltungen: Sühne-Wochen, Besuch des Kammerspiels, 19 Uhr Kammerspiel, 20 Uhr Kammerspiel, 21 Uhr Kammerspiel, 22 Uhr Kammerspiel, 23 Uhr Kammerspiel, 24 Uhr Kammerspiel, 25 Uhr Kammerspiel, 26 Uhr Kammerspiel, 27 Uhr Kammerspiel, 28 Uhr Kammerspiel, 29 Uhr Kammerspiel, 30 Uhr Kammerspiel.

Veränderung des Vertreterverbandes der Anwohner

Sitz: Lützowden, 30 Uhr Kammerspiel, 31 Uhr Kammerspiel, 1. d. M. Kammerspiel, 2. d. M. Kammerspiel, 3. d. M. Kammerspiel, 4. d. M. Kammerspiel, 5. d. M. Kammerspiel, 6. d. M. Kammerspiel, 7. d. M. Kammerspiel, 8. d. M. Kammerspiel, 9. d. M. Kammerspiel, 10. d. M. Kammerspiel.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter, Fr. Curt Geiger, Wirtschaft, G. Klingelstein, Gewerkschaftsberatung, G. Stritzker, Anwalter, R. A. Eißner, Lokales und Sonstiges, 19 Uhr Kammerspiel, 20 Uhr Kammerspiel, 21 Uhr Kammerspiel, 22 Uhr Kammerspiel, 23 Uhr Kammerspiel, 24 Uhr Kammerspiel, 25 Uhr Kammerspiel, 26 Uhr Kammerspiel, 27 Uhr Kammerspiel, 28 Uhr Kammerspiel, 29 Uhr Kammerspiel, 30 Uhr Kammerspiel.

Die Not der Notstandsarbeiter.

2 1/2 Millionen Arbeitslose — 24 000 Notstandsarbeiter.

Ein sehr wenig erfreuliches Kapitel des Arbeitsmarktes ist die Notstandsarbeiterfrage. Die neuesten im Augenblick vorliegenden Ziffern zeigen, daß die Zahl der Notstandsarbeiter beträchtlich zurückgegangen ist. Am 31. Dezember waren in der Arbeitslosenversicherung 20 865 und in der Rentenversicherung 3446 Notstandsarbeiter. Am 15. Dezember betrug die Zahl der Notstandsarbeiter der Arbeitslosenversicherung 34 260 und die der Rentenfürsorge 6037. Der starke Rückgang in der zweiten Dezemberhälfte hängt natürlich mit den schädlichen Witterungsverhältnissen zusammen, vor allem mit der Frostperiode, die Mitte Dezember einsetzte hat. Die Notstandsarbeiterzahl ist aber nicht erst seit Mitte Dezember, sondern bereits seit Monaten dauernd im Rückgang. Wenn der Rückgang noch weiter anhält, dann kann das Kapitel Notstandsarbeit demnächst in der Arbeitslosenversicherung gestrichen werden.

Das Problem der Notstandsarbeit muß neu angepaßt werden. Die Techniker sollten sich systematisch mit der Frage beschäftigen, wie auch den Winter über gewisse Aufgabenstellungen weitergeführt werden können. In Amerika hat die Technik auf diesem Gebiet bereits einige beachtenswerte Fortschritte erzielt. Vielleicht können die amerikanischen Erfahrungen für Deutschland nutzbar gemacht werden. Darüber hinaus muß untersucht werden, ob neben den eigentlichen Außenarbeiten nicht doch noch andere Beschäftigungsmöglichkeiten für Notstandsarbeiter zu schaffen sind. Die Lösung des Problems ist nicht leicht, gewiß, aber der Zustand, wo wir bei einer Arbeitslosenziffer von 2 1/2 Millionen ganze 24 000 Notstandsarbeiter haben, ist einfach unerträglich.

Die Rassenfürsorge muß ausgebaut werden!

Die neuesten, geradezu unheimlichen, amtlichen Ziffern über den Anstieg der Arbeitslosigkeit machen den Ausbau der Rassenfürsorge zu einer der wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung und des Reichstags. Die Erweiterung der Rassenfürsorge und die Verlängerung der Unterstützungsdauer, die beiden Hauptforderungen der freien Gewerkschaften, verurteilen ohne die Einkalkulation der Saisonarbeiter keine unerschwinglichen hohen Kosten. Nach dem Urteil der Fachleute können bei einem Ausbau der Rassenunterstützung im Sinne der gewerkschaftlichen Forderungen höchstens 50 000 bis 60 000 Rassenunterstützte in Betracht kommen. Rechnet man mit einem Unterstützungsbetrag von 100 M. pro Kopf und pro Monat — was sehr hoch gegriffen ist — so belaufen sich die Kosten erst auf 3 Millionen M. für drei Monate würde das höchstens 16 bis 18 Millionen bedeuten. Dabei ist zu beachten, daß diese Summe keineswegs in ihrem vollen Umfang eine ganz neue Mehrausgabe darstellt; denn die Rassenunterstützung entlastet sehr wesentlich die Gemeinden, die ja den Rückstellungen schließlich doch in irgendeiner Form im Wege der Wohlfahrtspflege helfen müssen. Es handelt sich also zum Teil nur um eine Veranschlagung von Kosten. Wenn die Gemeinden durch etwas Luft bekommen und mehr für die Halbwuchsergetreide allen Rentner tun können, so wird das gewiß nichts schaden.

Großer Erfolg des Verkehrsverbundes.

Die Kraftdroschkenfahrer haben festen Lohn.

Seit Jahren schon kämpften die Berliner Kraftdroschkenfahrer für einen Garantielohn, der ihnen wenigstens das Existenzminimum sichert. Bisher waren die Droschkenchauffeure je nach ihrer Einnahme nur auf einen Festlohn von 1,25 M. bis 2,25 M. pro Schicht und auf 25 Proz. der Bruttoeinnahme gestellt. Ihre bei jeder Lohnverhandlung aufs neue erhobene Forderung nach einem garantierten Lohn wurde von den Kraftdroschkenbestizern stets aufs schärfste zurückgewiesen.

In den letzten zwei Jahren führten die Unternehmer immer die unterschiedliche Lohngestaltung als Argument gegen die Forderung ihrer Fahrer ins Feld. Nachdem nun aber durch den Berliner Polizeipräsidenten im Einvernehmen mit dem Magistrat die Einheitslöhne geschaffen wurden, war dieses Argument der Unternehmer nicht mehr stichhaltig. Der Verkehrsverbund meldete daher seine alte Forderung wieder an und verlangte einen Mindestgarantielohn von 34 M. für je gefahrte Schichten.

In freier Verhandlung konnte mit den Droschkenbestizern keine Verständigung erzielt werden. Erst vor dem Schlichtungsausschuß kam nach längeren Beratungen ein Vergleich zustande, der die Verdienste der Kraftdroschkenfahrer wie folgt festlegt:

Die Fahrer erhalten für jede Schicht einen Festlohn von 2,30 M. und dazu 25 Proz. ihrer Bruttoeinnahme. Erzielt der Fahrer je gefahrenen Kilometer eine Bruttoeinnahme von 30 M., so erhält er außerdem einen Zuschlag von 30 Pf. je Schicht. Den Fahrer wird ferner für jede Schicht im Durchschnitt von zwei Wochen gerechnet ein Mindestlohn von 8 M. garantiert. Wenn die Fahrer mit Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten an den Kraftdroschken beschäftigt werden, erhalten sie für jede Arbeitsstunde 1 M. Underschiedliches Partien über eine Stunde hinaus wird den Fahrern zum Beginn der zweiten Stunde ab ebenfalls mit 1 M. vergütet. Das Urlaubsgeld wird von bisher 6,50 M. pro Tag auf 8 M. erhöht. Diese Lohnvereinbarung tritt am 21. Januar in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember d. J.

Über dieses Verhandlungsergebnis berichtete am Donnerstag Genosse Bergmann vom Verkehrsverbund in einer stark besuchten Versammlung der organisierten Berliner Kraftdroschkenfahrer im Kassenhauer Hof. Es wurde allgemein anerkannt, daß die Organisation ihr Möglichstes im Interesse der Kraftdroschkenfahrer getan habe. Die Versammelten waren sich aber auch darüber klar, daß es eines viel besseren organisatorischen Zusammenhanges der Berliner Droschkenchauffeure bedürfe, damit noch bessere Arbeitsverhältnisse erkämpft werden können.

In der Diskussion wurden die Artikel eines Berliner Mittagsblattes kritisiert, in denen von einem Mangel an Kraftdroschkenfahrern die Rede ist. Die Versammelten gaben ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, daß es diesem Blatt unbekannt ist, daß auf dem Jaharbeitsmarktwahl der Kraftdroschkenfahrer zurzeit etwa 1500 erwerbslose Chauffeure eingetragen sind. Zum Schluß wurden noch die Wahlen der Branchenleitung neu genommen. Der bisherige Branchenberater, Genosse Bergmann, wurde einstimmig wiedergewählt.

Großes Reinemachen.

Der Verkehrsverbund scharf die Gewerkschaftszersörer an die Luft.

Der selbe Hoberfall auf Gewerkschaftsangehörige in der letzten Hochbahnversammlung hat leider nur zu deutlich bewiesen, daß die Berliner Ortsverwaltung des Verkehrsverbundes viel zu lange Nachsicht geübt hat gegenüber den Elementen, die schon seit Jahren systematisch gegen die Organisation gewühlt haben. Die Methode, mit Biergläsern und Faustschlägen andärschende Gewerkschaftsmitglieder und Angestellte zu „überzeugen“, ist der Vergangenheit angehört. Wie es die Gewerkschaften verstanden haben, diesen Bandenführern Einhalt zu gebieten, wird auch der Verkehrsverbund in der Zukunft zu versuchen wissen, daß sich solche müßigen Vorgänge wiederholen.

Die geistigen Urheber dieses schamlosen Vorfalles sind zweifellos die Leute, die auf Antrag der Berliner Ortsverwaltung des Verkehrsverbundes wegen ihres organisatorisch-schädlichen Verhaltens vom Bundesvorstand ausgeschlossen worden sind. Diese Elemente spielen sich als Ränker auf, um die Verbandsmitglieder wegen ihres angeblich unberechtigten Ausschlusses gegen die Organisationsleitung aufzuhetzen. Sie versuchen ihren Anhängern wider besseres Wissen weiszusprechen, daß sie nur auf Grund ihrer Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei aus der Organisation entfernt worden seien.

Die fünf „Oppositionellen“ Peter, Kuhle, Dießgen, Schramm und Baumgärtner sind schließlich aus dem Verkehrsverbund ausgeschlossen worden, weil sie seit Jahren planmäßig nicht für ihre Organisation, sondern gegen sie gearbeitet haben. Für sie waren die Beschlüsse der Generalversammlung und der Ortsverwaltung, sowie der Bundeskongress und Gewerkschaftsversammlung einfach Null. Sie beschränkten sich keineswegs darauf, die Tätigkeit der Gewerkschaftsinstanzen sachlich zu kritisieren, wie es das gute Recht eines jeden Gewerkschaftlers ist, sondern beschimpften ihr eigenes Werk, wo sich nur eine Gelegenheit bot. Ob es sich um Werbeveranstaltungen, Generalversammlungen oder Schwerebesprechungen handelte, sie stürzten keine Grenzen für ihr gedächtes Treiben. Die widerlichen Luftstriche dieser Ausschweifler haben schließlich dazu geführt, daß sich erstmals die Versammlungen frühzeitig leerten und viele der sonst regen Versammlungsbesucher den Veranstaltungen der Organisation fernblieben.

Die Ortsverwaltung des Verkehrsverbundes hat diesen Störenfriedern gegenüber eine Langmut bewiesen, die so leicht nicht übertroffen werden kann. Immer wieder erwähnte sie die Widerstandspfeiler, sich doch eifrig Bestreben zu bekennen und von ihrem gewerkschaftsständigen Tun abzulassen. Alle Bemühungen in dieser Richtung blieben erfolglos, so daß sich die Ortsverwaltung schließlich gezwungen sah, beim Bundesvorstand den Ausschluß dieser „revolutionären“ Geister zu beantragen, um die Organisation vor weiteren Schädigungen zu bewahren.

Die fünf Gewerkschaftszersörer können sich nunmehr ein an-

Die Tragödie im Grunewald.

Die Persönlichkeit des toten Mädchens festgestellt. / Der Mörder verhaftet. / Ein Eifersuchtsdrama?

Die Berliner Kriminalpolizei hat gut gearbeitet. Sie hat die Persönlichkeit jenes jungen Mädchens festgestellt, das am Neujahrsmorgen im Grunewald erschossen aufgefunden wurde und auch den Täter, ihren Liebhaber, ermittelt und verhaftet.

Das Mädchen ist eine am 4. Januar 1909 in Berlin im Westhafen geborene Etage-Milana Lutter, die zuletzt in Stettin eine Stellung bekleidete. Vor etwa einem Jahre lernte sie einen am 10. Juli 1904 in Montanheim geborenen Schuhmacher Ernst Juch kennen und knüpfte ein Liebesverhältnis mit ihm an, das nicht ohne Folgen blieb. Am 22. September vorigen Jahres gab das Mädchen einem Kinde das Leben. Das Kleine kam in Pflege, und auf Betreiben des Vaters zog die junge Mutter zu der alten Frau Juch, die in Spandau in der Meher Straße wohnt. Obwohl der Schuhmacher hochschätzte, die Geliebte zu betreten, kamen ihm doch später Bedenken, da das Mädchen einem sehr todesnen Lebenswandel zuneigte. Das wurde auch nicht besser, seit es bei seiner Mutter einquartiert war. Juch besuchte die Braut ab und zu, lehrte aber immer wieder nach Berlin zurück. Am Silvesterabend fand er sich wieder in Spandau ein. Bei seiner Silvesterabend fand er sich wieder in Spandau ein. Bei seiner Silvesterabend fand er sich wieder in Spandau ein.

Mädchen in ihrer leichten festlichen Kleidung, dem Walde an der Heerstraße zu. Untermogs kam das Verhalten Milanas gegenüber den fremden Männern wieder zur Sprache und Juch sparte nicht mit Vorwürfen. Er will unter anderem dem Mädchen zugerechnet haben, wieder nach Berlin zurückzuführen und sich besser um ihr kleines Kind zu kümmern. Die Juch behauptet, wie die Lutter seine Vorhaltungen mit schroffen Worten ab und verbot sich jede Einmischung in ihr Betragen. In seiner Wut

packte Juch jetzt die Geliebte am Halse.

Sie stürzte zu Boden und soll nun, wie der Mann angibt, regungslos liegen geblieben sein. Juch schrie nach Berlin zurück, wurde aber von Selbstmordwürfen geplagt und gab bald nach Neujahr seine Beschäftigung auf. Er kam nach Spandau und hörte nichts mehr von seiner Braut. Dort war aber das Mädchen bereits vermisst worden. Zunächst glaubte man, daß sie in ihre Heimat gefahren sei, das stellte sich aber als irrig heraus. Als nun noch der Streit zwischen dem Paare am Silvesterabend bekannt wurde, verstärkte sich der Verdacht mehr und mehr gegen Juch.

Gestern wurde Juch in der Volkstraße in Spandau von Kriminalbeamten ermittelt, festgenommen und sofort einem genauen Verhör unterzogen. Juch leugnet nicht, er bestreitet aber, die Absicht der Tötung gehabt zu haben, behauptet vielmehr, daß er seiner Braut nur habe den Kopf zurechtlegen wollen. Er will auch mit dem Gedanken umgegangen sein, nach der Tat Selbstmord durch Vergiften zu verüben.

Der Greis als Fälscher.

Die internationalen Kreditbriefsäufungen vor Gericht.

Im August 1928 ereigte die Festnahme mehrerer Mitglieder einer internationalen Bande von Bankheibern, die ihr Netz über ganz Europa gespannt hatte, großes Aufsehen. In Deutschland wurden ein 36 Jahre alter in Holland ansässiger Umberto Luigi Milani und ein Greis, der 63 Jahre alt als Hg Marchesini, festgenommen, der eine in Berlin, der andere in Frankfurt a. M. Die beiden Fälscher werden sich am 18. Januar vor dem Strafgericht im Münchener Justizpalast zu verantworten haben. Zahlreiche Jungen, Kriminal- und Bankbeamte, die an der Jagd nach den Verbrechern teilgenommen haben, sind gefolgt. Eine reifliche Erziehung und Wahrung der Bande wird leider nicht möglich sein, da die Auslieferung der in Paris und Berlin festgenommenen Mitglieder, die italienische Staatsangehörige sind, verweigert worden ist.

Der große Coup, von dem die Bande 1500 englische Pfund in München zu erlangen hoffte, war ihr Verberben. Milani präferierte auf der Filiale der Deutschen Bank in München einen Kreditbrief einer japanischen Bank und verlangte und erhielt 1000 Pfund, in deutschem Gelde etwas über 2000 Mark. Am Tage darauf erschien derselbe Mann bei der Filiale der gleichen Bank in Nürnberg und wollte 1800 Pfund erheben. Aus den Eintragungen auf dem Kreditbrief erlah der Bankbeamte, daß am 19. Juni in Hongkong 1000 Pfund abgebunden waren. Die Abhebung in München sollte am 6. Juli erfolgen sein. Dieser Zwischenraum erschien dem Beamten zu kurz und erregte seinen Verdacht. Milani merkte das und verschwand unter Zurücklassung seiner Papiere. Bei den Nachforschungen hat sich später herausgestellt, daß das Münchener Datum löscherlich gefälscht war.

Die Aufstöberer und Jäger wurden in Form von Schreibmaschinen mit Bleistift vorgezeichnet und mit einer kleinen Kugel durchlöchert. Das sollte den Eindruck einer mit Stanzmaschine bewirkten Eintragung hervorrufen. Außer den wasserfesten Fälschungen werden in dem Prozeß auch interessante Einzelheiten aus dem Vorleben der Verhafteten zur Sprache kommen.

Vorträge über Vogelschutz. In der Zeit vom 18. Januar bis 26. Februar werden in der staatlichen Stelle für Naturschutzpflege in Preußen, Berlin-Schöneberg, Grunewaldstr. 6/7, jeden Dienstag um 10 Uhr Vorträge über Vogelschutz und Vogelerziehung mit Bildbüchern und Vorfelungen abgehalten.

Leiche des jungen Hefler gefunden.

In der Scharfen Lanke bei Weinmeisterhorn.

Die Nachforschungen, die auf Grund der ausgefertigten Befehlung für die Auffindung der Leiche des verunglückten Juniorheizer der Firma Hefler von den Fischern an der Hand vorgenommen worden sind, haben heute zu einem Erfolg geführt. Dem Fischer Bolze, der frühmorgens die Scharfe Lanke bei Weinmeisterhorn mit Stangen nach der Leiche absuchte, gelang in der Frühe die Auffindung und Bergung. Die Kriminalpolizei des Polizeiamtes Spandau wurde sofort benachrichtigt, und sie entsandte mehrere Beamte an den Fundort, um aus dem Zustand der Leiche das geheimnisvolle Verschwinden und den vermeintlichen Unglücksfall rekonstruieren zu können.

Anscheinend ist der Tod durch Herzschlag erfolgt. Wie bekannt, hatte Hefler in der Nacht dem Altkohler stark zugesprochen. Als er dann das Boot besetzen wollte, stieß er vom Rande des Eises ab und stürzte in das eiskalte Wasser der offenen Fahrtrinne. So erklärt es sich auch, daß Hefler keine Hilfsmittel mehr ausstößen konnte.

Urteil im Bilderdiebstahlsprozeß.

Graste drei Jahre Zuchthaus, im übrigen Gefängnisstrafen.

Jülich, 11. Januar.

Am Radeburger Bilderdiebstahlsprozeß wurde heute nachmittags gegen Lippmann, Maner, Schmidt, Graste und Jahn wegen gemeinsam verübten Verbrechens des schweren Diebstahls folgendes Urteil gefällt.

Lippmann erhielt 10 Monate, Maner ein Jahr vier Monate, Schmidt ein Jahr zwei Monate und Jahn zehn Monate Gefängnis. Graste wegen des gleichen Deliktes im Rückfall drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. Stettin wegen eines Verbrechens der Beihilfe zu einem gemeinschaftlich verübten Verbrechen des schweren Diebstahls sieben Monaten Gefängnis. Frau Schwarz wurde freigesprochen. Bei Lippmann und Jahn wird der Haftbefehl aufgehoben und die Strafe als durch die Unterjurisdiktion verübt anerkannt. Im übrigen bleiben die Haftbefehle außer Kraft. Unterjurisdiktion wird allen Angeklagten angeschlossen.

Schwere Folgen eines Alkoholerzesses.

Amisverlust und Zuchthaus.

Neuerlich schwere Folgen hat eine im Alkoholerzess begangene Pflichtvergessenheit für den Strafanwaltsabermaster F. nach sich gezogen. Er hatte eines Tages aus einem Berliner Gefängnis einen Gefangenen auszuführen und zu überweisen, und ließ sich überreden, mit diesem verurteilten Kolo aufzusuchen. Die Folge war, daß F. den seiner Obhut anvertrauten Gefangenen am Abend nicht mehr im Gefängnis abgeliefert, sondern mit ihm erst am nächsten Morgen erschien.

Die Nacht hatten sie schwer betrunken in der Wohnung des Gefangenen zugebracht und unter sich die Weibchen getroffen, anzugeben, daß der Häftling entwichen sei, und daß F. ihn erst in der Nacht erwische habe. In dem Disziplinärverfahren kam aber die Wahrheit heraus. F. wurde des Amtes entsetzt und es wurde gegen ihn ein Strafverfahren wegen Gefangeneneintrübung, wofür er inzwischen 200 M. Geldstrafe erhalten hat, sowie ein Disziplinärverfahren anhängig gemacht. Obwohl F. das Betreten der Strafanstalt verbotenen worden war, suchte er den Gefangenen trotzdem mehrfach im Gefängnis auf, um mit ihm wegen seiner Aussage und der seiner Ehefrau in dem Disziplinärverfahren zu sprechen. Der Gefangene meldete sich schließlich bei dem Anstaltsdirektor und bat um Schutz gegen die Zudringlichkeit des Alkoholerzesses, der ihn zu einer falschen Aussage verleitet wolle. F. hatte sich vor dem Schöffengericht Wedding wegen Verleitung zum Meineid zu verantworten und wurde zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus und 3 Monaten Ehrverlust verurteilt. Gegen das Urteil hat Rechts-

74 Soldat Suhren.

Roman von Georg von der Brinck.

Copyright 1927 by J. M. Spoth Verlag, Berlin.

Es geht gegen Mittag, und fortwährend sieht die Anhöhe rechts unter starkem Beschuß. Punkt zwölf Uhr beziehe ich den Postenstand und erblicke dort den Wald von Rauchbäumen, der in Bewegung ist, nach links ins Zwischengebiet wandert, aber sich über dem Graben des zweiten Juges fortwährend erneuert. Vor seiner sonnenbeschienenen Wand fallen die Reste des zerstörten Drahterhauses nieder wie spröde schwarze Hagelstücke. Das Gewitter ist nahe — wie wird es forziehen? Wie werde ich es übersehen?

Unter mir, an die vordere Grabenwand gedrückt, sitzen die Kameraden und harren wie ich. Doch ich kenne sie nicht zu dieser Stunde, nicht Albering, nicht Pfeiffer, nicht Klees. Ihre Gewehre sind bereit wie meine. Aber niemand ist da, uns ein Wort zu sagen, niemand löst das trockene dumpfe Schweigen. Des kleinen Leutnants blaßes Gesicht verschwindet im Schatten, der Boden vor ihm ist mit Zigarettenstummeln überzogen. Selbst Badst ist still geworden, die bis zum Rand gefüllte Mütze liegt neben ihm. Aber immer noch sind glühende Splitter auf ihren verzwirbelten Flugbahnen unterwegs. Die Ballons drüben glühen wie geröstete Kastanien und scheinen fortwährend zu wachsen, zu schwellen; sie werden gelb, werden weiß und wieder gelb und scheinen geradewegs in mein Gesicht zu schweben.

Wählich überkommt mich ein starker Hunger, ich habe seit Mitternacht nichts gegessen. Einer tritt an meine Stelle, und ich frische auf ätzenden Armen in unseren Unterstand. Ich öffne Pflas Paket, nehme Marmelade heraus und bestreiche ein Brot. Da erdröhen harte Schläge — ganz in der Nähe sind Granaten eingeschlagen. Im Graben gibt es ein Garen, durch das Krachloch sehe ich, daß alle aufgesprungen sind und sich hinter die Schulterwehre gesücht haben. Feldwebel Engelle ist bei ihnen, er hat ein fischrotes Gesicht und gestikuliert, eine Weinsflasche in der Hand. Nur der Leutnant läßt sich noch auf seinem Platz, unbeteiligt und wie ein Kranker. Savend und auf den Knien hockend, spähe ich wieder nach draußen, denn wieder laßt ein Hagel von Splittern gegen Grabenlöcher und Wand. Engelle springt vor den Kameraden herum, die sich gegen die Böschung brücken, dann kühlt er sich von der Schulterwehr zurück, wirft den Kopf in

den Nacken und trinkt den Rest seiner Flasche, die sodann seiner Hand entgleitet. Jetzt kehrt er zurück, erscheint in der Öffnung meines Unterstandes und kriecht herein. Neben mir im Stroh bleibt er liegen, brummt zufrieden und scheint sodann in Schlaf zu fallen. An den Beinen hat er funkelneue Ledergamaschen, ich schlebe mich vorsichtig an ihnen entlang und ersticke wieder den Postenauftritt, wo ich Albering finde. Ich meine, daß er es ist, sage aber nichts, sehe ihn auch nicht an. Jetzt bin ich wieder allein.

Es wird ein Uhr und nichts ändert sich, als daß sich das ganze Weiter drüben auf die Erdwelle zu richten scheint. Der Leutnant hat gegen Engelles neue Gamaschen getreten, und zwar ohne Erfolg, er lacht nerods. Ein Weiber ist gekommen und teilt mit, daß der erste Zug mehrere Tote hat, daß das Maschinengewehr nicht mehr schußfähig ist — „Boll Sand“, nickt der Leutnant.

— und die Gewehre ebenfalls — „Boll Sand“, lächelt der Leutnant und bewegt das wesenlose Gesicht.

Da sehe ich drüben aus den Pappelsphen eine silberhelle Leuchtugel aufsteigen. Sie hinterläßt eine silberhelle Spur, die wie eine kerzengrade silberne Stange steht. Ich melde es. Nun steigen links und rechts weitere Leuchtspelle in riesige Höhe. Ich zähle sie, melde.

Es ist ein Oster von dreizehn silberhellen Stangen. Ich melde: „Dreizehn!“

Da verstummt das Schießen. Rechts auf der Anhöhe erscheint eine breite Reihe von Russen, die vor der sich nähernden weißen Quaimwand auftauchen. Zuerst ein paar schwarze Köpfe, deren schwarze Körper sofort in rücken, während gleichzeitig links und rechts von ihnen weitere schwarze Köpfe erscheinen. Jetzt sieht man die mittleren auf ihren schwarzen Beinen daherschleichen, sieht auch die äußeren hinter der Erdwelle herauswachsen und an ihren Flanken wieder neue schwarze Köpfe sich heraufbewegen. Jetzt ist die volle Reihe auf die Höhe gelangt. Hart heben sich die Soldaten ab, ihre Mützen stehen schief, die Gewehre tragen sie unterm Arm wie Äger. Alle kommen sie in guter Ordnung und in ruhigem Schritt herüber, keiner stockt. Einer von ihnen aber springt, läßt den Arm kreisen und wirft eine winzige Handgranate, die aufsteigt, niederfällt und, ohne zu explodieren, herrollt, herhüpft, sich verkrümmt, verschwindet.

Sie kommen, unabwendbar, unheilvoll, tragen Gewehre und Handgranaten mit sich, schreiten geradewegs auf uns los und wollen an unser Leben. Bis fiebern, in den Händen

die Gewehre, die leicht sind wie heiße Luft. Wir wollen sie niederstrecken; es sind ihrer viele, man muß sofort damit beginnen. Wir heben die Gewehre, aber senken sie wieder, denn das Unheil kommt ja rittlings auf den Graben daher, und zwischen ihm und uns stehen die Kameraden vom zweiten Zug auf den Schießbänken. Wir sehen ihre Köpfe, sie scheinen unbeweglich, versteinert. Die Reihe der Russen kommt, ohne sich zu lichten, näher. Wieder wirft einer von ihnen eine Handgranate, die etwa vier Brustmehren vor uns mitten in die Grabenkerbe fällt und eine Quaimwelle aufstößt, deren helles Gelb sich ausbreitet und die Mitte der anrückenden Russen verdeckt.

Eine ungeheure Aufregung bemächtigt sich unser, wir bewegen die Gewehre, drehen uns auf den Schießbänken und wissen nicht, was zu tun ist. Ich sehe den Leutnant, der mit zwei Handgranaten lacht und um die Schulterwehr rennt, den Russen entgegen. Seine Zigarettenstummel läßt er liegen. Sogleich aber kehrt er zurück und schreit mich an: „Wo ist Leutnant Brause?“

Wie kann ich es wissen? Mag er ihn suchen gehen! Er wartet auch auf keine Antwort, sondern eilt nach der entgegengekehrten Seite weiter, die Handgranaten wie Fackeln tragend. Nach ihm strömen die Soldaten vom zweiten Zuge, die ihren Abschnitt geräumt haben, zu uns herein, so daß wir Kopf an Kopf stehen. Auch wir wollen nicht auf den Schießbänken bleiben, springen herunter, und es gibt ein rasches Bedränge. Unteroffizier Tielbürger betritt den verlassenem Postenstand und schreit: „Weitergehen! Langsam weitergehen!“

Endlich ein brauchbarer Befehl, wir kommen ihm nach, gehen zurück, gelangen von einem Grabenteil in den anderen, sehen überall die bestirzten, schweißtriessenden Gesichter von den Schießbänken uns entgegenstarrten und reihen auch diese Soldaten mit uns fort. Eine ganze Weile geht es so weiter, dann stehen dort Soldaten in Hundärmen, die sich nicht anschließen, sondern Schmähdworte auf uns herabschleudern. Es sind die 11er, die in der letzten Nacht die Desterreicher abgeköllt haben.

Bei einer Grabenbiegung wendet sich der Strom links. Man folgt den vorderen eine Treppe hinauf. Oben auf der Böschung steht der dicke Hauptmann ganz allein — vielleicht an derselben Stelle, wo er sich am Morgen gewaschen hat, jetzt mir durch den Kopf. Er hält eine klöbige Pfeife zwischen den Zähnen, hebt das Gewehr an die Wade, ziert und schießt. Dann sind wir schon darob, und ich höre ihn noch rufen: „Zwei Schritt Abstand!“ (Fortsetzung folgt.)

anwies Dr. H. Süßbrant bei der Strafkammer Berufung angeordnet. Der Angeklagte H. war schon vor einiger Zeit in einem interessanten Strafprozeß verwickelt. Er hatte unter den zur Verwertung von Wertpapieren aus den Ministerien und Staatsbehörden nach Tegel gelieferten alten Aktenstücken wertvolle historische Dokumente mit den Handschriften des Großen Kurfürsten, Friedrich des Großen u. a. preussischer Könige bis zu Kaiser Wilhelm I. entdeckt und diese beiseitegeschafft und dadurch vor der Vernichtung bewahrt; nachdem H. in erster Instanz wegen Diebstahls verurteilt worden war, wurde er aber, wie erinnerlich, in der Berufungsinstanz freigesprochen.

Um die Fürsorgeerziehung. Wahrheit oder Dichtung?

Zu dem Streit um die Fürsorgeerziehungsanstalten, der von dem Maler und Schriftsteller Lampel mit seinem Buch „Jungen in Not“ und seinem Schauspiel „Renote im Erziehungsheim“ entfacht wurde, hat jetzt Obermagistratsrat Kraut, der Dezentrat für die Jugendfürsorge der Stadt Berlin, sich geäußert. Eine „Gesellschaft zur Förderung kultureller und geistiger Interessen“, die sich „Die Lupe“ nennt, hatte ihn zu einem Vortrag aufgefordert. Draußen im Kurfürstendammviertel versammelte sich im Vortragssaal des „Sturm“ eine reichliche Schaar von Damen und Herren, die fast alle so aussahen, wie wenn sie noch niemals eine Erziehungsanstalt innen gesehen oder gar einen Fürsorgeerziehung näher kennen gelernt hätten. Die meisten wußten von Fürsorgeerziehung und Fürsorgeerzöglingen wohl nicht mehr als das, was Lampel ihnen vorgelegt hat.

Kraut versuchte sie zu überzeugen, daß in neuerer Zeit das Fürsorgeerziehungswesen nach den Grundsätzen einer fortgeschrittenen Pädagogik umgestaltet worden ist. Wenn auch manche Anstalt und manche Erzieher leider noch recht weit von dem Ideal entfernt ist, so darf doch die von Lampel gegebene Darstellung nicht unbesehen als Topp der Anstalten und Erzieher unserer Zeit hingenommen werden. Zur Frage der Prügelstrafe erklärte Kraut, daß in den Heimen der Stadt Berlin und in den privaten Heimen, mit denen Berlin noch arbeitet, es verboten ist, zu prügeln. Die Lösung dieser Frage könnte, sagte er, den Anstalten leichter werden, wenn nur erst auch die Eltern auf Prügel als Erziehungsmittel verzichten wollten. Gegen Lampels Buch und Schauspiel machte Kraut geltend, daß sie mehr Dichtung als Wahrheit seien. In beiden bringe Lampel im wesentlichen die von den Jungen selber gegebenen mündlichen oder schriftlichen Schilderungen, die doch nicht ohne weiteres als unantastbare Dokumente gelten könnten. (Nebst dem beziehen sich diese von Lampel zum Buch zusammengestellten Schilderungen größtenteils nicht auf Strumeshof, wo Lampel als ein ständiger Besucher der Anstalt, in denen sie früher gewesen waren. Auch die sehr ausführliche Kopierschilderung eines Jungen, aus der Lampels Schauspiel entstanden ist, gilt nicht für Strumeshof, sondern für eine andere Anstalt.)

Die an den Vortrag sich knüpfende Aussprache, an der sich Kraut für und gegen Lampel beteiligten, war mehr lebhaft als inhaltreich. Nur einer, der selber Fürsorgeerziehung kennen gelernt hat, konnte aus eigener Erfahrung sprechen. Er hatte nicht Anstalten der Stadt Berlin, sondern eine der Badefürsorgeanstalten bei Bielefeld kennengelernt. Im Schlußwort sagte Kraut, daß er Lampels Arbeiten trotz aller Bedenken als eine honorige Begrüßung, die anregend wirken könne. Leider habe die Bevölkerung sich bisher viel zu wenig um Fürsorgeerziehung gekümmert.

Der Kampf gegen die Grippe.

Über den Stand der Grippeepidemie und über die Vorkehrungen zu ihrer Bekämpfung machte Direktor Prof. Dr. Hoffmann vom städtischen Hauptgesundheitsamt mit sehr beachtenswerten Mitteilungen. Leider muß man jetzt schon von einer Epidemie sprechen, denn die Erkrankungen haben sich in den letzten Wochen sehr gehäuft und vom Januar ab trat fast explosionsartig eine ganz außerordentliche Zunahme ein.

Bei der allgemeinen Ortstrankenkasse Berlin wurde der tägliche Zugang von Grippekranken ermittelt z. B. am 13. Dezember mit 105, am 20. Dezember mit 106, am 24. Dezember mit 326, am 27. Dezember mit 341, am 28. Dezember mit 530, am 31. Dezember mit 672, am 2. Januar mit 775, am 3. Januar mit 1063, am 4. Januar mit 1409. Danach kam eine Ermäßigung der Tagesziffer, aber bald folgte eine erneute Zunahme und am 9. und 10. Januar wurden wieder 1346 und 1350 neue Fälle gezählt. Wägen auch manche dieser Erkrankungen nur irrtümlich als Grippe angesehen worden sein, so ist doch nicht daran zu zweifeln, daß eine beträchtliche Zunahme auch der wirklichen Grippefälle eingetreten ist. Auffällig ist, daß an den Erkrankungen die Kinder stark beteiligt sind.

Selbstverständlich machten sich die Wirkungen sofort in den Krankenhäusern bemerkbar, so daß hier die Bettennot, die ohnehin schon fühlbar genug war, sich noch verschärfte. In den städtischen Krankenhäusern wurde am 10. Januar der Bestand an Grippekranken mit bereits 1348 Personen ermittelt, worunter 273 waren, bei denen auch Lungenentzündung vorlag. Das Hauptgesundheitsamt der Stadt hat die dirigierenden Ärzte aller städtischen und auch mehrerer nichtstädtischen Krankenhäuser zu einer Konferenz zusammenberufen und es ergab sich, daß bei diesen schwerwichtigen ziemlich übereinstimmend darüber bestand, daß Berlin sich mitten in einer Welle von zunächst leichteren Grippeerkrankungen befindet. Die Epidemie ist bei weitem nicht so ernst, wie die von 1926/27 oder gar die opferreiche Epidemie von 1918, aber zur Vorsicht mahnt auch sie, weil man nicht wissen kann, ob es bei diesen leichteren Erkrankungen bleiben wird. Das Hauptgesundheitsamt hat im Einvernehmen mit den Krankenhäusern alle Vorkehrungen getroffen, auf eine härtere Inanspruchnahme rechtzeitig gerüstet zu sein. Im Krankenhaus Neutölln sind schon zwei neue Krankenzimmer eröffnet worden. Die Kinderheilanstalt Buch hat eine Station für Keuchhustenkranken eingerichtet, um die Kinderabteilungen anderer Krankenhäuser zu entlasten und für Grippekranken freizubehalten. Im Spandauer hat das Krankenhaus die Grippekranken in eine neue Station gebracht, um Betten für Grippekranken zur Verfügung zu haben. Auch ist man in einigen Krankenhäusern schon dazu übergegangen, freie Betten der chirurgischen Abteilungen mit unheilbar Kranken zu besetzen, um nicht Betten undenkbar stehen zu lassen. Das neue katholische Krankenhaus im Rau-Tempelhof ist sofort voll in Betrieb genommen worden. Leider ist auch der Gesundheitszustand der Personalis der Krankenhäuser zurzeit nicht gut, so daß Ersatzkräfte eingesetzt werden müssen. Die Schär der beschäftigungswirtschaftlichen Maßnahmen hat sich in den letzten Wochen sehr gelockert, weil die Krankenhäuser starken Bedarf hatten. Auch für die stärkere Inanspruchnahme des Kran-
kentransportwesens sind Vorkehrungen getroffen worden durch Abmachungen mit den privaten Transportunternehmen und sogar mit der Feuerwehr. Die Zahl der täglichen Krankentransporte hat sich beim städtischen Rettungswesen von jetzt etwa 180 auf jetzt 270 gesteigert.

Das Hauptgesundheitsamt denkt an weitere Maßnahmen, die

Wiederein Gotteslästerungsprozeß

Friedrich Wendel vor dem Schöffengericht.

Also wieder ein Gotteslästererprozeß! Zur Anklage stand Friedrich Wendels Buch „Die Kirche in der Kultur“, erschienen im Freidenker-Verlag. Es gehörte zur Serie der Wendelschen kulturhistorischen Karikaturenbücher und stellte eine Sammlung von Aussprüchen, Anekdoten und Bildern aus verschiedenen Jahrhunderten dar. Was konnte Friedrich Wendel dafür, daß die Kirche bei diesen historischen Dokumenten schlecht abschnitt?

In einer Einleitung in den die einzelnen Illustrationen verbindenden Text und im abschließenden Kapitel ging Friedrich Wendel scharf mit der Kirche ins Gericht. In einem Falle sprach er von der „johannischen mittelalterlichen Kirche“ als von einer „Bestie“, an einer anderen Stelle geißelte er ihre „heuchlerische Moral“. In vielen beiden Ausdrücken wie in einer großen Anzahl von Aussprüchen und Bildern, die sich auf das Papsttum, die Bischöfe, die unbefleckte Empfängnis, den Wunderglauben, das Abendmahl bezogen, erbielte die Staatsanwaltschaft eine Verächtlichmachung der Einrichtungen der Kirche und strengte ein Verfahren auf Grund des Gotteslästerungsparagraphen an. Aber schon früher war eine Verfügung auf Beschlagnahme des ganzen Buches ergangen; später wurden nur einige Stellen, Bilder und Aussprüche beanstandet. Und auch diese Beanstandung erfuhr auf Grund einer Beschwerde vor dem Landgericht eine Einschränkung. Das Verfahren selbst wurde aus Anlaß der Annahmestellung eingestellt. Ueber die Beschlagnahme hatte das Schöffengericht Berlin-Tempelhof geurteilt zu entscheiden.

Und das Gericht entschied sich für das Buch: es gab das Buch frei. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Rechtsanwalts Otto Landsberg an. Historisch gewordene Ausprüche über die Kirche, Karikaturen, die aus verschiedenen Zeiten, Zeitschriften und Büchern stammen, selbst in einer Kompilierung gesammelt, sind als historische Tatsachen zu werten und erfüllen nicht den Tatbestand des Gotteslästerungsparagraphen: Friedrich Wendel konnte sich nicht dessen bewusst sein, mit seinen Veröffentlichungen die Einrichtungen der Kirche zu beleidigen. Richtig war der Staatsanwalt anderer Ansicht. Selbst in der aus Billig Hartung „Weltgeschichte“ übernommenen Karikatur, die das Papsttum als Schlangensymbol darstellte, an deren Spitze die päpstliche Tiara rührte, darstellte, sah er eine Beleidigung. Ebenso in der „Karikatur auf die Bischöfe“, die einen Wolf als Bischofsträcker und „ein Schaf als Bischofsträcker darstellte. Herbe, drastische, polstümliche Redensarten wie: Ein Mönch im Kloster ist zwei faule Eier wert, Ein Mönch außerhalb des Klosters drei faule Eier! oder: Es gibt nur drei teufliche Frauen, die eine ist erlesen, die andere entlaufen und die dritte kann man jagen, oder: Vor Rosenbetten und Mönchengebieten braucht man den Hut nicht zu lüften, sollten eine Beleidigung der Mönche darstellen. Anfangs hatte die Staatsanwaltschaft sogar eine Beleidigung des jüdischen Glaubens in einer Anecdote erblickt, die folgendermaßen lautete: Ein junger Mann erscheint vor dem Rabbi unter der Anklage, Schweinefleisch gegessen und ein Mädchen geküßt zu haben. Der junge Mann entschuldigt sich mit den Worten: Rabbi, ich war melschuge. Worauf der Rabbi antwortet:

bei weiterer Zunahme der Epidemie nötig werden könnten, z. B. an dieäumung von Schulen, die in der Nähe der Krankenhäuser liegen und sich zur Unterbringung von Kranken eignen. Hoffentlich wird es soweit nicht kommen. Direktor Prof. Dr. Hoffmann richtet auch an die Bevölkerung die Mahnung, zur Bekämpfung der Epidemie das ihrige beizutragen. Niemand sollte, sagt er, in Straßenbahnen, Hochbahnwagen usw. es verüben, beim Husten und Niesen den Mund und die Nase mit dem Taschentuch zu bedecken, damit nicht Ansteckungssteine weitergefreit werden.

Die neue Straßenordnung. Irrführungen.

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Einige Berliner Zeitungen haben eine Reihe von ungeklärten Einzelheiten der neuen Berliner „Straßenordnung“, in Wirklichkeit „Straßenordnung“ genannt, veröffentlicht, die falsch und stark irreführend sind. Das verwandte Material entstammt offenbar einem alten, längst überholten Entwurf und enthält Bestimmungen, die sich in der endgültigen Fassung der neuen Straßenordnung nicht mehr finden. Auch das bekanntgegebene Verzeichnis der Straßen verschiedener Gattungen ist unrichtig, da es noch dem alten Entwurf Straßen enthält, die die endgültige Fassung nicht mehr kennt, dagegen wichtige Straßen nicht aufzählt, die in die endgültige Fassung aufgenommen sind.

Die neue Berliner Straßenordnung wird zu Anfang der nächsten Woche ihre abschließende Form erhalten; sie kann jedoch wegen der für die Drucklegung erforderlichen Zeit erst im letzten Drittel dieses Monats der Öffentlichkeit bekanntgegeben und in Kraft gesetzt werden.

Funkwinkel.

Die „Elf Scharzrichter“ und Holzjungen „Heberbreitl“ waren einst Anhänger einer deutschen Sunnigattung; des deutschen Kabarett. Eine Stunde Vorträge mit Liedern aus deren Zeit war erfrischend und interessant. Der künstlerisch-literarisch interessierte fand Freude an dieser Veranstaltung, die einem großen Hörerkreis aber wohl wenig oder nichts mehr geben konnte. Reinhardt Krüger, der damals, heute kaum gewürdigte oder bekannte Opernkomponist, kam mit seinen Werken in einer sehr gelungener halbstündigen Veranstaltung zu Gehör. — Walter Stoelting, der vor einigen Wochen in seltsamen Ausführungen Australien als das Land des Arbeiters geschildert hatte, beantwortete die Fülle der Anfragen nach den Auswanderungsmöglichkeiten, die an ihn gelangt waren, in einem Vortrag „Soll man nach Australien auswandern?“ Wer keine Arbeit sieht, dem jähren Willen, die Körperkräfte und die Jugend beizugehen, und nicht ganz mittellos ist, dem macht der Vortragende Hoffnung, in diesem Erdteil beschreibende wirtschaftliche Erfolge zu erringen. Major Trunke Grau, der vorgelesen Scotts tragische Südpolexpedition geschildert hatte, gab diesmal einen Bericht „Wie wir Mundtiefen suchen“ — als er bei seinen Nachforschungen nach der Robben-Expedition verblieben war. Wieder entlockte sich ein Trauerpiel vor den Hörern. Der in den Eisregionen erfahrene Vortragende konnte nur den einen knappen Trost geben, daß das Ende der Mundtiefen-Gruppe vermutlich rasch und ohne große Qualen gewesen sei.

Wenn du das Schweinefleisch gefüßt und das Mädchen gegessen hättest, dann wärest du melschuge. So hast du ganz vernünftig gehandelt. — Und das soll eine Beleidigung der Einrichtung der jüdischen Religion sein?

Lehrerschaft und Konkordat.

Die Tagung des Bezirks Potsdam der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands, die am 3. Januar in Berlin stattfand, hat als wichtigsten Gegenstand der Tagesordnung eine Aussprache über die Stellung der sozialdemokratischen Lehrerschaft zum Konkordat. Das Referat dazu hatte Oberstudienrat Genosse Dr. R. Müller-Potsdam übernommen. Er wies hin auf die außerordentliche Beunruhigung, die durch die bisherige Geheimhaltung der Ergebnisse der Konkordatsverhandlungen durch die Regierung in weite Kreise der Lehrerschaft hineingetragen worden ist. Für die Kirche ist der moralische Wert eines Konkordats das eigentlich Ausschlaggebende. Der Kurie liegt daran, sich über den Staat zu erheben. Denn jedes Konkordat legt Kirche und Staat gleich und gefährdet so die Staatshoheit. Nach Art. 137 der Reichsverfassung ist aber die Kirche ein freier Verein und sollte auch als solcher behandelt werden, d. h. alle schwebenden Fragen müssen der Kirche gegenüber durch einfaches Gesetz geregelt werden. Jede andere Regelung würde eine Gleichstellung der Kirche mit dem Staat bedeuten. Auch die einzelnen Verhandlungspunkte (Bischofswahl, Dotation der Bistümer, Zulassung der Domkapitel, Vorrichtung der Geistlichen in Rom usw.) bergen für den Staat nicht unerhebliche Gefahren in sich.

In den Kreisen der evangelischen Kirche machen sich gleichfalls immer stärker Bestrebungen bemerkbar, ein Konkordat abzuschließen und Einfluss auf das Schicksal zu gewinnen, z. B. Hannover. Doch zwingen alle bisherigen Erfahrungen zu schärfster Ablehnung jeglichen Konkordats in Preußen.

Das Ergebnis der Aussprache fand schließlich in folgender vom Genossen Dr. Müller vorgelegten und mit Rechtlichkeitsgefühl angenommenen Entschließung seinen Ausdruck: Die Beziehungen des Reichs und der Länder sind durch die Verfassung von Reich und Grundgesetz geregelt. Die Ausführung soll durch ein besonderes Gesetz erfolgen. In dieser verfassungsmäßigen Regelung hält die A.S.D., Bezirk Potsdam, fest und lehnt die Lösung der Frage Reich—Kirche durch ein Konkordat entschieden ab, zumal dieses abjetis der in der Verfassung vorgesehenen Regelung liegt, weil es die Kirche als Vertragsgliedende dem Staate gleichstellt, also die Staatshoheit herabsetzt und eine Gefahr für den Staat bedeutet, weil es die verfassungsmäßigen Rechte der Volkserziehung beschränkt, weil es die Freiheit des geistigen Lebens, des Gewissens und des einzelnen gefährdet, und weil es den konfessionellen Frieden stört. Die A.S.D. lehnt ein Konkordat selbst dann ab, wenn es, wie selbstverständlich, jede Bezugnahme auf die Schule verneint. Die A.S.D. fordert die Fraktion auf, sich mit aller Entschiedenheit dem Abschluß eines Konkordats zu widersetzen und nur einer Regelung in Form eines befristeten Vertrages zuzustimmen.

Flugzeugkatastrophe in Amerika. Absturz eines Armeeflugzeuges mit 10 Personen.

Kemport, 11. Januar. Nach einer Meldung aus Middletown (Pennsylvanien) ist dort ein großes Armeetransportflugzeug mit zehn Insassen abgestürzt. Fünf Insassen wurden dabei getötet, drei haben schwere Verletzungen erlitten.

Die Ursache des Duisburger Gasunglücks.

Wie der Vertreter der L.L. in Duisburg von zuverlässiger Stelle erzählt, ist die Ursache des Ferngasleitungsunglücks in Duisburg, bei dem fünf Personen ihr Leben ließen, und zahlreiche Personen an Gasvergiftungen erkrankten, auf unvorsichtige Schweißarbeiten zurückzuführen. Die Meldung einer Korrespondenz, wonach die Arbeiter geglaubt hätten, die Schweißstelle durch Packung abgedichtet, trifft nicht zu. Mit der Untersuchung der schadhafte Stelle ist eine Reihe von Ingenieuren und Chemikern beschäftigt.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einladung für die Veranstaltung: „Der Lohn der Revolution“ am Sonntag, 10. Januar, im Mercedes-Palast in Neutölln müssen unbedingt von allen Abteilungsmitgliedern abgeholt werden!

Die Frau und der Sozialismus: Die Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft findet am Mittwoch, 13. Januar, pünktlich 19 Uhr im Jugendheim Südost, Borscht. 11. kati. Referentin ist die Genossin Clara Dohm-Schuch.

Heute, Sonnabend, 12. Januar, 19½ Uhr:

Abendliche Veranstaltung: Schul-Brasillier, 12. Rede und Schilderung eines Lehrlings. — Meilen I und II: Fortsetzung mit der Partei wegen der gemeinsamen Veranstaltung am 22. Januar, pünktlich 19½ Uhr bei Köpfer, Sternstraße. — Neutölln IV: Funktionärstagung 29 Uhr bei Köpfer, Sternstraße. — Funktionärstagung beim Genossen Elger, Subertstraße 11, Beginn 19 Uhr. — Werbestreit Prenzlauer Berg, Vortragskursus: „Die kulturelle Forderung der Arbeiterklasse“ im Heim Döbberitz, 22. B. 7. Das Landwehrkorps ist pünktlich 19½ Uhr. Einhalten aller Einleiter im Pflicht. — 206. Prenzlauer Berg, 20 Uhr beim Döbberitz Str. 22. Die Erziehung in der geschichtlichen Entwicklung.

Morgen, Sonntag, 13. Januar:

Meilen I und II: Fahrt, Treffpunkt 8 Uhr Bahnhof Hiltensberg. Am Abend keine Veranstaltung. — Fern. Vert. Treffpunkt zur Fahrt nach Zehl 9 Uhr Rummelsburg, Pöten 30. — Kreuzberg IV: Fahrt, Treffpunkt 8 Uhr Bahnhof Hermannstraße. Subert 30. — Hiltensberg-Vert. Fahrt, Treffpunkt 8 Uhr Bahnhof Gropius-Kammelsdorf. — Werbestreit Prenzlauer Berg, im 19 Uhr fahrt der Große Kundengänger im Heim Döbberitz, 22. B. 7. Das Landwehrkorps ist pünktlich 19½ Uhr. Einhalten aller Einleiter im Pflicht. — 206. Prenzlauer Berg, 20 Uhr beim Döbberitz Str. 22. Die Erziehung in der geschichtlichen Entwicklung.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nacht, Mittl., Lebenszeit) zu Neutölln und mittlerem Groß-Berlin, bei nördlichen Winden vereinzelte Schneefälle. — Für Deutschland: Im Westen und Süden Deutschlands Nordwind des Hochwelters, in Mittel- und Ostdeutschland Bewölkungszunahme und Föhnwind des Hochs. Im Nordosten starker Schneeeinbruch.

Endlich Kreditverbilligung!

Nach außerordentlicher Reichsbankentlastung. — Ein volles Prozent wäre besser.

Die Reichsbank hat mit Wirkung vom 12. Januar den Preis für Wechselrechte von 7 auf 6 1/2, den Preis für Lombarddarlehen von 8 auf 7 1/2 ermäßigt. Man darf hinzufügen, ermäßigen müssen.

Wie wir es vorausgesehen haben, war die große Inanspruchnahme der Reichsbank zum Jahreschluss finanz- und bilanztechnisch bedingt und nicht wirtschaftlich. Das beweist die katastrophale Entlastung der Reichsbank, die schon in der ersten Januarwoche eingetreten ist. Der Geldmarkt hat die 31 Millionen Reichsschatzwechsel der letzten Dezemberwoche voll zurückverlangt. Mit diesen Reichsschatzwechseln senkte sich der Wechselbestand um 577,3 Millionen (rund 75 Proz. der Zunahme am Jahreschluss) auf 2101,1 Millionen, also nur wenig mehr als am 7. Dezember 1928 (2044 Millionen). Der Zunahme der Lombarddarlehen um 135 Millionen am Jahreschluss steht eine Abnahme um 121,9 auf 54,2 Millionen gegenüber. Während zum Jahreschluss 319,6 Millionen fremde Gelder auf Girokonten zugeflossen waren, wurden in der ersten Januarwoche nur 106,8 Millionen (der Bestand blieb mit 619,3 um 140 Millionen höher als am 7. Dezember 1928) wieder abgezogen.

Der Rückgang des Rotenums laufs um 445,9 auf 4484,2 Millionen, der der Rentenbanktheile um 34,8 auf 493,1 Millionen war beträchtlich. Der Umlauf beider Papiergeldarten war am 7. Januar um 79 Millionen niedriger als am 7. Dezember 1928. Goldbestände waren mit 2729,3 Millionen, Devisenbestände (Zunahme 2,1 Millionen) mit 157,4 Millionen fast unverändert. Die Reichsbankentlastung durch Gold waren von 33,4 auf 60,9 Proz., durch Gold und Devisen von 58,5 auf 64,4 Proz. verbessert.

Den Konsequenzen dieser ebenfalls günstigen Entwicklung hat sich die Reichsbank nicht entzogen. Sie hat nicht mit der Diskontsenkung weiter in den Januar hinein gewartet. Für den Präsidenten Dr. Schacht gab im Zentralauschuss Direktor Dr. Drenke für die Kreditverbilligung folgende Begründung:

Nach der Diskontsenkung vom 4. Oktober 1927 von 6 Proz. auf 7 Proz. haben sich die Hauptpositionen des Reichsbankstatus und der gesamte Zahlungsmittelumlauf wie folgt entwickelt:

Mill. RM.	Gold und Devisenbestand	Gesamtes Kapitalvermögen	Reichsbanknoten-Umlauf	Gesamter Zahlungsmittel-Umlauf
7. Oktober 1927	2008	2760	4004	5915
7. Januar 1928	2150	2752	4171	5861
7. April 1928	2157	2770	4411	6079
7. Juli 1928	2445	2426	4427	6058
7. Oktober 1928	2629	2512	4592	6250
7. Januar 1929	2857	2248	4484	6120

Vom 1. Okt. 27 bis 7. Jan. 29 + 879 — 512 + 450 + 205

Es zeigt sich, daß die Entwicklung der wirtschaftlichen Konjunktur inzwischen zu einem nicht unerheblichen Rückgang

der gesamten Kapitalanlage der Reichsbank geführt hat. Die trotzdem zu beobachtende Zunahme des Rotenums laufs ist im wesentlichen eine Folge der beträchtlichen Vermehrung des Gold- und Devisenbestandes, die wiederum auf weiter erhöhte kurz- und langfristige Zustandsverschuldung zurückzuführen ist. Gleichwohl sieht das Reichsbankdirektorium in der Entwicklung der Anlagekosten die Voraussetzungen für eine Senkung des Diskontsatzes von 7 Proz. auf 6 1/2 Proz. und des Lombardzinses von 8 Proz. auf 7 1/2 Proz. als gegeben an. Dabei wird angenommen, daß von einer solchen Ermäßigung ein ungünstiger Einfluß auf das allgemeine Preisniveau nicht ausgeht wird, da weniger mit einer Vermehrung des Rotenums laufs als mit ziffernmäßigen Verschiebungen der Rotenums laufsbestände zu rechnen sein dürfte. Welches Ausmaß diese Verschiebungen annehmen werden, bleibt abzuwarten; jedenfalls erschien bei dieser Ungewißheit und der Gegenwärtigkeit der sonstigen Entwicklungsstadien eine Ermäßigung in größerem Umfang als 1/2 Proz. nicht angezeigt.

Daß die Ermäßigung der Diskontsätze in der schwierigen Lage des Kapitalmarktes eine Veränderung herbeiführen oder gar stimulieren auf diesen witten wird, kann nicht erwartet werden. Es würde eine vollkommene Verfestigung der überaus gespannten Verhältnisse dieses Marktes, der nach wie vor der größten Schonung bedarf, bedeuten, wenn angenommen werden sollte, daß mit einer Senkung des Reichsbankdiskonts nun der Weg für eine erneute stärkere Inanspruchnahme des Kapitalmarktes geöffnet würde.

Die Diskontermäßigung tritt mit dem 12. Januar 1929 in Kraft.

In dieser Begründung fällt die scharfe Verwahrung der Reichsbank gegen eine stärkere Inanspruchnahme des deutschen Kapitalmarktes durch Inlandsanleihen nach der Diskontsenkung auf. Das ist ein Schlag gegen Preußens Absichten, 100 Millionen auf dem Kapitalmarkt zu borgen, um längst bewilligte und zum größten Teil schon durchgeführte Ausgaben zu fundieren. Wir meinen, daß Dr. Schacht in öffentlichen Anleihefragen Partei ist und daß man seine Meinung als Parteimeinung zu werten hat, wenn sie auch zu beachten ist.

Die Kreditverbilligung ist mit 1/2 Proz. geringfügig. Mehr wäre vielleicht besser gewesen. Doch ist der Versuch gefaßt, wenn die Absicht einer weiteren Verbilligung dahinter steht, sobald die Geschäftslage noch deutlicher erkennbar wird. International ist der deutsche Diskontsatz noch hoch genug: den 6 1/2 Proz. in Berlin stehen in New York 5, in London und Amsterdam 4 1/2, in Paris und Zürich 3 1/2 Proz. gegenüber. In New York, Amsterdam und Zürich ist das Geld seit August wieder billiger geworden. So bleibt Deutschland, da an sich die Spanne für Paris und London noch sehr groß ist, für ausländische Geldanlagen günstig. Das ist wichtig, weil aus der Gefahr der möglichen Geldabziehung von Deutschland im Falle einer Diskontsenkung unseres Erachtens viel zu viel Wesens gemacht worden ist.

Ruhrstahlkrust 6 Prozent.

1,43 Milliarden Umsatz. — 140 Mill. Mt. Neuanlagen.

Der rheinisch-westfälische Stahlkrust, die Beteiligte Stahlwerke A.-G., zahlt für das am 30. September abgeschlossene Geschäftsjahr 1927/28 wieder 6 Prozent Dividende. An Umsatz und Gewinnziffern gemessen steht das zweite volle Betriebsjahr des Stahlkrusts dem ersten Jahr in der Hochkonjunktur nicht nach.

Nichts spricht so für die Stärke der deutschen Eisenkonjunktur in den ersten neun Monaten 1928, wie die Tatsache, daß der Stahlkrust, der mächtigste kapitalistische Montanblock Europas, seinen Umsatz noch von 1,41 auf 1,43 Milliarden erhöhen konnte. Der Reingewinn wies mit rund 52,5 gegen 52,9 Millionen fast unverändert aus. Die Abschreibungen sind um 1,4 auf 66,8 Millionen erhöht, so daß der tatsächliche Ertrag des Unternehmens noch höher erscheint als im Vorjahr.

Die Durchführung der leistungsfähigen Neubauten erfordert 140 Millionen; ob diese Kosten aus Betriebsüberschüssen bezahlt werden, muß noch untersucht werden.

Zugleich wird der Abschluß des zum Rheinisch-Westfälischen Stahlkrust gehörenden Mitteldeutschen Stahlkrusts in Riesa-Lauscha bekannt, der, wie im Vorjahr, wieder 7 Prozent Dividende zahlt. Der Rückgang des Umsatzes von 98 auf 92,3 Millionen ist auf den fast zweimonatigen Arbeitsstopp in Sachsen zurückzuführen.

Die Originalberichte der Gesellschaften liegen uns noch nicht vor.

14 Proz. Dividende bei Bemberg.

Kapitalerhöhung auf 40 Millionen mit großen Kursgeschenken.

Die Aufsichtsratsversammlung der A. B. Bemberg A.-G. schlägt wieder 14 Proz. Dividende vor und fordert von der Generalversammlung eine Kapitalerhöhung von 28 auf 40 Millionen. Die Aktionäre erhalten die neuen Aktien zu 160 Proz., obwohl der Kurs über 450 Proz. liegt. Die Kapitalerhöhung bringt also für die Bemberg-Aktionäre mächtige Kursgeschenke.

Ostoberschlesiens Bergbau.

Wachsende Konkurrenzfähigkeit gegen England.

Der Steinkohlenbergbau in Ostoberschlesien, in dem rund 75 Prozent des gesamten polnischen Bergbaues zusammengefaßt sind, hat im letzten Jahre mit einer Förderung von über 30 Millionen Tonnen fast alle bisherigen Ergebnisse in der Nachkriegszeit übertrifft. Im Jahre 1922, als Ostoberschlesien an Polen fiel, betrug die Leistung der dortigen Zechen 26,5 Millionen, um noch stärker Förderung in den nachfolgenden Jahren 1925, dem Jahre des englischen Bergarbeiterstreiks, auf fast 36 Millionen Tonnen zu steigern, sich im folgenden Jahre weiterhin auf 27,7 Millionen Tonnen zu erhöhen, und im letzten Jahr eine nochmalige Steigerung um 9 Prozent zu erfahren.

Bemerkenswert an der Entwicklung des ostoberschlesischen Bergbaues seit dem sedunonatischen Streit der englischen Bergleute ist die ständig wachsende Konkurrenzfähigkeit gegenüber der englischen Kohle in den skandinavischen Ländern. Diese für die deutschen Zechen günstige Entwicklung, auf die von englischer Seite schon seit langem hingewiesen wurde, hängt mit den sehr niedrigen Selbstkosten der ostoberschlesischen Bergwerke zusammen, die auch durch die nicht so günstigen Verbindungswege nur verhältnismäßig wenig beeinflusst werden. Da in den letzten beiden Jahren die Rationalisierung in großem Umfang durchgeführt wurde, ist die Entwicklung dieses Zechengebietes auch für die nächsten Jahre günstig zu beurteilen.

Große Aufträge für Werften werden jetzt von der Hamburg-Amerika-Linie vergeben werden. Die Hapag will die vier Schnelldampfer der „Albert-Ballin“-Klasse durch Einbau neuer Turbinenaggregate auf eine Geschwindigkeit von 7 Reisetasen (von den Antriebsmaschinen nach New York) bringen und die Arbeit für das Frühjahr 1930 fertigstellen lassen. Mit den auszumontierenden acht Turbinenaggregate (pro Schiff zwei) sollen 10.000 Tonnen Personen- und Frachtdampfer auf 15 Seemeilen gebracht werden. Die Bauabsichten der Hapag umfassen 50 Millionen Mark insgesamt, wozu die deutschen Werften große neue Arbeit zuzuführen. Erfolgreich sind die hier gegangenen Wege, ohne Vermehrung des vorhandenen Schiffsraumes dennoch das Ziel höherer Leistung und Konkurrenzfähigkeit zu sichern. Das Gelingen des Experiments wäre zu wünschen. — Die Deschimag-Werft in Bremen hat 17 Schlepper als Reparationslieferung in Auftrag erhalten.

Die Wanderer-Werke A.-G. in Chemnitz, mit 15,7 Millionen nominellen Kapital, heute eine der größten Fahrrad- und Motorradfabriken (außerdem Rechenmaschinen und Bergzeuge), weist zum 30. September 1928 einen von 1,83 auf 1,30 Millionen verringerten Reingewinn aus. Da in diesem Jahre das dividendenberechtigte Kapital durch die erfolgte Ausgabe von Verwaltungsschulden um 2 Millionen höher ist als im vorigen, sinkt die Dividende mit 12 auf 6 Proz. härter als der ausgewiesene Gewinn. Die Abschreibungen wurden von 0,77 auf 0,98 Millionen erhöht, was die tatsächliche Gewinnleistung noch weniger empfindlich macht.

Kaugummi — in Deutschland eine Pleite. In Deutschland scheint Kaugummi sich nicht der gleichen Beliebtheit zu erfreuen wie in Amerika. Während der große Weltkaugummikräft, die Wrights A.-G., in den Vereinigten Staaten im letzten Jahre fast 50 Proz. ihres gesamten Kapitals verdienen konnte, hat ihr deutsches Tochterunternehmen in Mannheim mit einem Gesamtverlust von 3 Millionen Mark abgeschlossen. Wie die Gesellschaft mitteilt, hat sie fast anderthalb Millionen für Reklame ausgegeben, während der Reingewinn nur etwas über 800.000 M. betrug. Wenn auch diese Summen für Reklame keineswegs mit den Ausgaben des amerikanischen Mutterunternehmens zu vergleichen sind, das in den letzten 15 Jahren rund 200 Millionen Reklameausgaben tätigt, so zeigt dieses Beispiel doch, daß der Mannheimer Kaugummigesellschaft sich mit allen Mitteln moderner Reklametechnik auf dem deutschen Markt durchsetzen will. Vielleicht hat sie später damit noch Glück.

Schutzölnetze englische Stahlmagnaten. Der Verband der Eisen- und Stahlindustriellen in England hat den Ministerpräsidenten Baldwin eruchtet, eine Kommission zur unparteiischen Untersuchung der Lage in der englischen Eisen- und Stahlindustrie einzusetzen. Im Hinblick auf den scharfen ausländischen Wettbewerb auf dem englischen Markt soll die Kommission bestimmte Vorschläge zum Schutz der britischen Stahlindustrie machen. In dem Antrag wird besonders darauf hingewiesen, daß die Arbeitslosigkeit in England im Gesamtdurchschnitt 11 1/2 Proz. der wertvollen Bevölkerung umfaßt, in dem schwerer danielerliegenden Bergbau 11 Proz., dagegen in der Eisen- und Stahlindustrie 25 Proz. Dieser Antrag der englischen Stahlmagnaten stellt mit seinem Hinweis auf den notwendigen Schutz des Inlandmarktes weiter nichts dar, als eine neue Schutzollatade auf die Regierung.

Kapitalistische Heldenverehrung.

Der Theoretiker der deutschen Inflation.

Der Reichsverband der deutschen Industrie feierte vor einigen Tagen in überaus feierlicher Weise den 80. Geburtstag eines deutschen Professors der Nationalökonomie, des Professors Steinmann-Bucher. In einem Symposium, der vom genannten Verband in die Presse lanciert wurde, wird Steinmann-Bucher „der Herold der großen Zeit, der Deutschlands Aufstieg bis zur dem Weltkrieg kennzeichnet“, genannt. Er habe, so wird weiter mitgeteilt, auf die Entwicklung der deutschen Wirtschaftspolitik einen starken und nachhaltigen Einfluß ausgeübt.

Wir haben gegen die Ehre des Reichsverbandes der deutschen Industrie, soweit sie einem alten Mann Freude machen und seinen Lebensabend verschönern soll, nichts einzuwenden; wir haben aber andererseits die Pflicht, das deutsche Volk daran zu erinnern, wie es zur vollständigen Niederlage im Weltkrieg und zu den furchtbaren Leiden der Inflation gekommen ist, weil es nicht nur medizinische Kohlrübenprofessoren, sondern auch Professoren der Nationalökonomie gab, die durch ihre Autorität die Vernunft im deutschen Volk während des Krieges so ziemlich abtöteten. Die furchterliche Lehre, daß Deutschland am Krieg reicher und reicher werde, hat gerade Professor Steinmann-Bucher, der Herausgeber der „Rittellungen des Kriegsausschusses der deutschen Industrie“, mit der Autorität der Wissenschaft in Deutschland zu festigen und zu verbreiten gesucht. Seine im Jahr 1916 erschienene Arbeit — „Deutschlands Volkswirtschaft am Krieg“, Verlag F. Enke, Stuttgart — ist geradezu ein warnendes Beispiel dafür, wie eine verbundene und im Dienst der Kriegsindustrie arbeitende Wissenschaft ein Volk ins Unglück führen kann; denn das berühmte Eroberungsprogramm der sechs großen Verbände und auch der Todeszettel der Inflation wuchsen auf dem Boden der Steinmann-Bucher'schen Kriegsgelahrtheit. Wir wollen daraus einiges zitieren.

Steinmann-Bucher, der als Systematiker der Erforschung des Volkswirtschaftlichen „Herold der großen Zeit“, schreibt auf Seite 40 seines oben genannten Buches:

„Das deutsche Volkswirtschaften hat während des Krieges nicht ab-, sondern zugenommen. Es ist nicht nur an zahlenmäßig darstellbarem Wert, sondern auch an innerem Wert gewachsen. Es wird dem Krieg länger durchzuhalten umstande sein als das Volkswirtschaften irgend eines unserer Feinde.“

Auf Seite 46 sagt Steinmann-Bucher:

„Das in so langer Friedenszeit von blinder Parteilichkeit als wirtschaftliche Verschwendung gebrandmarkt Kriegserwerbwerk hat sich für uns als das ertragreichste Gewerbe erwiesen.“

Und auf Seite 76 heißt es weiter:

„Die im Felde Stehenden sind wirtschaftlich nicht untätig, ja nicht einmal für die Gütererzeugung verloren. Sie entlasten in sehr weitem Umfang die übrige gewerbliche Arbeit, indem sie in unmittelbarer Verbindung mit der Frau Fabrikbetriebe, Sägewerke, Feldschlächtereien, Bäderzeilen usw. einrichten, welche einen großen Teil der für den Heeresbedarf notwendigen Arbeiten verrichten. Auch die Erweiterung der Anbaufläche für Getreide und Feldfrüchte durch die Erwerbung weiler Gebiete und deren Bebauung durch eigene Mannschaften und Kriegsgefangene gehört zu den wirtschaftlichen Errungenschaften, die nicht erst nach dem Kriege unseren Besitz vergrößern, vielmehr schon die Kriegswirtschaft erleichtern. Von der Schaffung von Faustpfändern für die Friedensverhandlungen gar nicht zu reden.“

Die finanzwirtschaftliche Lage, in welcher sich unsere Feinde nach dem Kriege befinden werden, beläuft sich am besten die Ueberlegenheit unserer zukünftigen Friedenswirtschaft, denn bei ihnen wird sich zeigen, daß das Verhältnis zwischen Volkseinkommen und Volkswirtschaft, die den Kriegskosten und Kriegsschulden sich so ungünstig gestaltet hat, daß sie alle in dem Augenblick, da sie zur Niederlegung der Waffen gezwungen sein werden, dem offenen oder versteckten Bankrott nicht mehr ausweichen können.“

Auf die Kriegskosten selbst geht Steinmann-Bucher in seinem Buch auf Seite 89 ein. Er vertritt hier den Standpunkt, daß der Krieg nicht durch Kriegsteuern, wie das z. B. England tat, zu finanzieren sei. Der deutsche Professor schwingt sich zu der Großzügigkeit auf, diese Sorge ruhig den nachkommenden Generationen zu überlassen. Wörtlich heißt es:

„Unsere finanzwirtschaftliche Lage nach dem Kriege wird zu nicht durch die ganz ungeheure wichtige Tatsache gekennzeichnet sein, daß die Kosten des gewaltigen Krieges zu Volkseinkommen und Volkswirtschaft, weil sich diese während des Krieges und durch ihn weit über den Stand vor dem Kriege erhoben haben, in einem viel günstigeren Verhältnis stehen, als wenn wir sie der Einkommens- und Vermögenslage, wie wir sie vor dem Kriege hatten, gegenüberstellen müßten. Es besteht die sicherste Aussicht auf weiter Steigerung nach dem Kriege, so daß wir die Tilgung des größten Teils der Lasten, die uns der Krieg aufgebürdet hat und noch aufbürden wird, mit ruhigem Gewissen unseren Nachkommen überlassen dürfen.“

Schließlich ein Zitat, das wir bei Steinmann-Bucher auf Seite 92 finden und das ganz besondere Beachtung verdient:

„An der Erhöhung des Preisstandes, in der Spannung zwischen ihm und dem Preisstand vor dem Krieg sind Milliarden aufgespeichert, die für die Ordnung der Friedenswirtschaft von der allergrößten Bedeutung sein können.“

Das letzte Zitat macht die Leuerung durch Geldvermehrung zu einer Quelle des Reichtums und ist die Aufforderung zur Inflationspolitik. In diesen Sätzen konzentriert sich die Theorie, mit der herrlicher Deutschland finanziell ruiniert hat. Hier ist noch Theorie, dann kommt die furchtbare Praxis. Hugo Stinnes und Handstein trieben die deutsche Wirtschaft in den Kladderadatsch von 1923, weil auch sie der Meinung waren, daß Mehrproduzieren um jeden Preis und die Fortführung der Produktion um jeden Preis die beste Wirtschaftspolitik und der beste Weg zum Volkswirtschaftlichen seien.

Wir glauben, daß solche Verleihen auch durch noch so menschlich gemeint und menschlich auch gutzuheißen Ehrungen im deutschen Volkswirtschaften nicht in Vergessenheit gebracht werden dürfen.

Triumph-Motorräder erhöhen Dividende von 10 auf 15 Proz. Die Triumphwerke in Künzberg weisen für das am 30. September abgeschlossene Geschäftsjahr 1927/28 einen Reingewinn von 880.000 Mark aus, der sich gegenüber dem letzten Jahr voll verdoppelt hat. Die Dividende wurde von 10 auf 15 Proz. heraufgelegt. Die Umsätze in der Motorrad- und Schreibmaschinenabteilung konnten wesentlich erhöht werden und trotz der Krise im Fahrradbau ist auch in dieser Betriebsabteilung nur ein unmerklicher Rückgang zu verzeichnen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für die Reichstagswahl
Berlin 1914. 1. Jahrgang. 1. Heft. 1. Ausgabe. 1. Seite.

Heute, Sonnabend, 12. Januar:
1. 10 1/2 Uhr bei W. Schmidt, Steinstr. 11. Vortrag über die Bedeutung der Jugendvereine.
11. 10 1/2 Uhr im Café Kautzsch: Mitgliederversammlung.

Morgen, Sonntag, 13. Januar:
1. 10 1/2 Uhr im Café Kautzsch: Mitgliederversammlung.
11. 10 1/2 Uhr im Café Kautzsch: Mitgliederversammlung.

Morgen, Sonntag, 13. Januar:
1. 10 1/2 Uhr im Café Kautzsch: Mitgliederversammlung.
11. 10 1/2 Uhr im Café Kautzsch: Mitgliederversammlung.

Bezirksauswahl für Arbeiterwohlfahrt.
1. 10 1/2 Uhr im Café Kautzsch: Mitgliederversammlung.

Jungsozialisten.
1. 10 1/2 Uhr im Café Kautzsch: Mitgliederversammlung.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.
1. 10 1/2 Uhr im Café Kautzsch: Mitgliederversammlung.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.
1. 10 1/2 Uhr im Café Kautzsch: Mitgliederversammlung.

11. Kreis Kottbusch. Heute, Sonnabend, 12. Januar, 10 1/2 Uhr im Café Kautzsch: Mitgliederversammlung.
12. Kreis Kottbusch. Heute, Sonnabend, 12. Januar, 10 1/2 Uhr im Café Kautzsch: Mitgliederversammlung.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation
1. 10 1/2 Uhr im Café Kautzsch: Mitgliederversammlung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.
1. 10 1/2 Uhr im Café Kautzsch: Mitgliederversammlung.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
1. 10 1/2 Uhr im Café Kautzsch: Mitgliederversammlung.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
1. 10 1/2 Uhr im Café Kautzsch: Mitgliederversammlung.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
1. 10 1/2 Uhr im Café Kautzsch: Mitgliederversammlung.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
1. 10 1/2 Uhr im Café Kautzsch: Mitgliederversammlung.

Gewinnverteilung
4. Klasse 32. Vertriebs-Geldverteilung Klassen-Lotterie.
Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

Jede gezogene Nummer wird auf zwei gleiche Gewinne geteilt, und zwar je einer auf die Lotterie-Abteilung I und II in den beiden Abteilungen I und II.

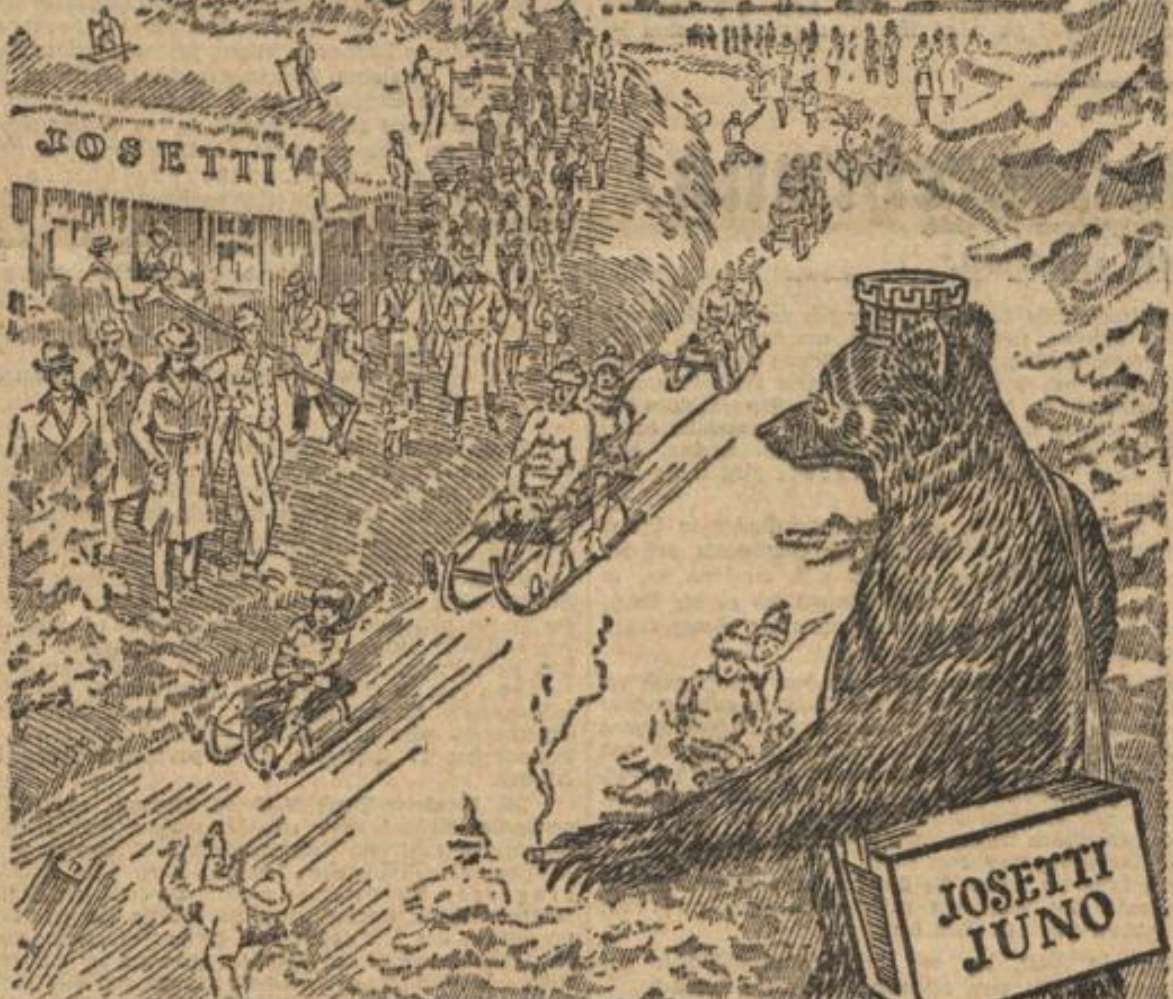
1. Ziehungstag: 11. Januar 1914
In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 Mk. gezogen

1. Gewinn	5000 Mk.	350275
2. Gewinn	3000 Mk.	50209
3. Gewinn	2000 Mk.	335917
4. Gewinn	1000 Mk.	17047
5. Gewinn	800 Mk.	908 87810 208025 237598
6. Gewinn	500 Mk.	6221 45019 84737 95102 251519 243951
7. Gewinn	400 Mk.	6805 18791 18961 18263 28001 31520 33841
8. Gewinn	300 Mk.	69249 69753 20159 93070 115052 127034 150795 183833 173032
9. Gewinn	200 Mk.	181230 183305 184577 187827 189225 208120 211656 225300 228701
10. Gewinn	150 Mk.	228329 272068 282316 281548 288128 312428 319708 328212 348806
11. Gewinn	100 Mk.	352705 353127 358814 368043 398812
12. Gewinn	50 Mk.	378 700 13979 15854 18486 18691 19213
13. Gewinn	30 Mk.	20785 28121 33413 40348 41961 43108 43697 44715 60349 50817
14. Gewinn	20 Mk.	52891 84078 85168 85430 84803 86951 87117 73822 74551 75596
15. Gewinn	15 Mk.	78171 77337 77826 82714 83688 84443 65913 83668 85379 85857
16. Gewinn	10 Mk.	88438 89421 109103 113481 114377 116479 117210 117457 118074
17. Gewinn	5 Mk.	120613 121296 124985 132208 132987 138921 140208 142206 144235
18. Gewinn	3 Mk.	150511 152718 157385 158431 160559 168472 163967 163458 169262
19. Gewinn	2 Mk.	168556 168880 172307 173225 178443 178378 178464 181142 186491
20. Gewinn	1 Mk.	187037 188435 189893 193246 193776 187064 189113 209838 211716
21. Gewinn	500 Mk.	211789 213738 214765 218032 215488 218281 223704 223872 228425
22. Gewinn	300 Mk.	222065 231253 211516 217622 218024 225628 231582 230108 261517
23. Gewinn	200 Mk.	267855 268293 291284 272808 275348 276648 285885 281979 287388
24. Gewinn	150 Mk.	293181 299178 301653 302912 305282 318908 322159 324839 325044
25. Gewinn	100 Mk.	328547 328997 341778 347864 340331 351748 357257 365137 366858
26. Gewinn	50 Mk.	388747 371711 373190 374843 376064 378982 376870 384797 390632
27. Gewinn	30 Mk.	392588 397184 398899

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 Mk. gezogen

1. Gewinn	5000 Mk.	374596
2. Gewinn	3000 Mk.	24879
3. Gewinn	2000 Mk.	204185 329799
4. Gewinn	1000 Mk.	8133 29123
5. Gewinn	800 Mk.	48980 437497 271153 299521 365706
6. Gewinn	500 Mk.	8545 43648 84219 134936 147692 208481
7. Gewinn	400 Mk.	208571 215370 223165 232758 265893 267881 307194 308974
8. Gewinn	300 Mk.	329 329 400 329 23057 20734 28074 38274 47091 48991
9. Gewinn	200 Mk.	50143 55585 55769 63410 68410 68864 69273 71674 76001 76145
10. Gewinn	150 Mk.	80788 82881 88813 90809 81830 81699 103654 118502 138701 136188
11. Gewinn	100 Mk.	136814 146513 148473 150955 154294 177724 180275 181569 187045
12. Gewinn	50 Mk.	191128 191813 192816 192846 184864 203052 212664 236810 230738
13. Gewinn	30 Mk.	267781 276970 285510 287928 291840 301968 311441 324269 329599
14. Gewinn	20 Mk.	328755 348251 349753 371818 379141 389174
15. Gewinn	15 Mk.	398 398 300 38 1501 39589 27888 30981 37811 38892 40583
16. Gewinn	10 Mk.	41817 44881 45073 50599 53705 65429 15543 26718 77820 81873
17. Gewinn	5 Mk.	95051 67730 86883 89883 83268 89598 100350 100897 103599 104283
18. Gewinn	3 Mk.	104588 116795 118182 119104 120618 130007 131300 132731 142408
19. Gewinn	2 Mk.	142611 145886 147080 149106 149676 160008 162105 152089 157267
20. Gewinn	1 Mk.	157613 174733 178980 178828 183200 184580 186367 187402 190094
21. Gewinn	500 Mk.	199392 196080 202977 204495 205005 210550 210270 236483 240637
22. Gewinn	300 Mk.	244883 244160 248428 249330 260126 262311 266495 269596 270295
23. Gewinn	200 Mk.	278442 293378 304181 309893 310784 314080 320374 322335 325318
24. Gewinn	150 Mk.	329464 330307 331239 331417 331853 332651 333492 346817 348075
25. Gewinn	100 Mk.	358440 359828 351154 356639 366821 376309 363191 353468 386072
26. Gewinn	50 Mk.	387621 306374 397184 397700 398973

Was sagt der Bär?



Bahn frei für den Rodelsport! Immer größer wird die Zahl der Wintersportler, aber noch schneller wächst der Kreis der Raucher, die sich bekennen zu

Josetti Juno
Berlins meistgerauchter 4-8 Cigarette

Verkäufe

Verkäufe
1. 10 1/2 Uhr im Café Kautzsch: Mitgliederversammlung.

Musikinstrumente

Musikinstrumente
1. 10 1/2 Uhr im Café Kautzsch: Mitgliederversammlung.

Kaufgesuche

Kaufgesuche
1. 10 1/2 Uhr im Café Kautzsch: Mitgliederversammlung.

Verschiedenes

Verschiedenes
1. 10 1/2 Uhr im Café Kautzsch: Mitgliederversammlung.

Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt
1. 10 1/2 Uhr im Café Kautzsch: Mitgliederversammlung.

Möbel

Möbel
1. 10 1/2 Uhr im Café Kautzsch: Mitgliederversammlung.

Wissenschaftlichen LEHRERS

Wissenschaftlichen LEHRERS
1. 10 1/2 Uhr im Café Kautzsch: Mitgliederversammlung.

Stellenangebote

Stellenangebote
1. 10 1/2 Uhr im Café Kautzsch: Mitgliederversammlung.

Stiefbeder-Löcherinnen

Stiefbeder-Löcherinnen
1. 10 1/2 Uhr im Café Kautzsch: Mitgliederversammlung.

Karl Leopold: **Friedr. Schlegel** gestorben am 12. Januar 1829

Es gibt keine Grenzen, keine Endlichkeit, es gibt nur absolute Freiheit, das Gesetz, das der Willkür, und nur ein völlig freies, ungebundenes Schaffen für den Dichter: so formuliert Friedrich Schlegel in der programmatischen Zeitschrift „Athenäum“ die Theorie der Romantik und fordert weiter, „daß die Kunst aufsteige im Leben und das Leben in der Kunst!“

In der Literaturgeschichte nehmen die Brüder Schlegel die Nachahmung Lessings und Herders ein, ohne jedoch deren gedankliche, philosophische Tiefe und überzeugungsstarke Wahrhaftigkeit zu besitzen. Sie sind Kritiker gewesen, Aestheten, Anreger, Uebersetzer, theoretische Führer der romantischen Schule, Verkünder des Hellenismus, des Klassizismus und der Romantik.

Dichter war weder August Wilhelm Schlegel gewesen, der am bekanntesten ist als Nachdichter und Uebersetzer Shakespeares, Don Quixotes und Calderons, als Begründer der Zeitschrift „Athenäum“ und als klarer, organisatorisch führender Kopf der Romantiker, noch Friedrich Schlegel, der jüngere Bruder, der reicher an Wissen war, aber nicht formvoll genug, der philosophischer veranlagt war, aber ohne jede Disziplin des Philosophen, und der leidenschaftlicher war, ohne jedoch reicher an Gefühl zu sein.

Friedrich Schlegel schrieb den mehr epischen Roman „Lucinde“, die Geschichte einer freien Liebe, damals ein Wagnis, dafür auch belächelt, besudelt von den Gegnern, und von den eigenen Freunden verhimmelt und gelobt: heute hat dieser langweilige Roman, dem jede Gestaltung fehlt, jede Phantasie und jede innere Kraft, nur noch einen literarhistorischen Wert. Es sind mehr die Bekanntheit eines Mannes, der in freier Liebe mit einer hochgebildeten Frau, der Tochter Moses Mendelssohns, lebte, als dichterische Gestaltung eines Erlebnis. Ob Israel, leichtfertig, geschmacklos und ohne den literarischen Reiz. So blieb dieser dichterische Versuch eine vergessene Angelegenheit des Literaten Friedrich Schlegel! Das selbe Schicksal erlebte sein in Weimar unter Goethe aufgeführtes und vom Publikum nicht beachtetes als dementsprechend „Morcos“. Vergessen wie es weiter, damit sich kein zeitgenössischer Regisseur des durchgefallenen Trauerspiels erinnert und heute aufführt!

Von bleibendem Wert jedoch ist heute noch sein unergessenes freistilliches und sprachergleichend bedeutendes Werk „Ueber die Sprache und Weisheit der Indier“. Damit wurde Friedrich Schlegel der Bahnbrecher des Sanskritstudiums. Ebenso bedeutend ist sein weiteres Hauptwerk „Vorlesungen über die Geschichte der Literatur“, die vor allem die Geschichte der Literatur als eine wissenschaftliche Disziplin einführt und aus der Literaturgeschichte eine Wissenschaft macht. Hier auf diesem Gebiete liegen die wichtigsten Attribute seiner Bedeutsamkeit und die Merkmale seines reichen Könnens. Sobald Friedrich Schlegel, ebenso sein älterer Bruder August Wilhelm, glaubte, schöpferischer Dichter zu sein, enttäuschte er seine Freunde und schädete seinem Ruf. Als Kritiker, Sprachforscher, Literaturhistoriker, Aesthetiker jedoch gab er gedankensreiche Werke, die heute noch Fundgruben für Forscher und Historiker darstellen.

Friedrich von Schlegel wurde am 10. März 1772 in Hannover geboren, wurde erst kaufmännischer Lehrling, besuchte dann die Göttinger Universität, studierte Philosophie, besonders das griechische Altertum, wollte der „Wissenschaft der Literaturgeschichte“ werden, ging dann nach Jena zu seinem Bruder, mit ihm die Zeitschrift „Athenäum“ redigierend, dann nach Dresden, Paris, Wien. Trat 1806 zum Katholizismus über, strömte, verleugnete manches, was er vor Jahren löblich und phrasenreich verteidigt hatte, wurde Legationsrat unter Metternich, lehrte 1827 nach Dresden zurück, hielt hier Vorlesungen über „Philologie der Geschichte“, versuchte alle Konfessionen aufzulösen und sie in den Schoß der alleinseligmachenden katholischen Kirche zurückzuführen. Dann starb er am 12. Januar 1829.

Gläserne Edelsteine

Der Wunsch, künstliche Edelsteine herzustellen, hat vor Jahrtausenden zur Herstellung des Glases geführt. Vor der Erfindung der Glasschmelze, die etwa um die Zeit von Christi Geburt fällt, gab es noch keine Trinkgläser, sondern man erzeugte schön gefärbte Glasstücke, die als Schmuck verwendet wurden. Bei den letzten Ausgrabungen zu Ur in Chalceda und überhaupt im babylonischen und ägyptischen Kulturkreis hat man solche Stücke festgestellt, die zweifellos als Nachahmung von Edelsteinen gedacht waren. Man schrieb diesen künstlichen Edelsteinen dieselbe Wunderwirkung zu wie den natürlichen, und so ist die Glasmacherkunst noch bis ins 19. Jahrhundert hinein aufs engste mit den magischen Künsten verknüpft, die die Alchimie zu ergründen suchte.

Auf diesen interessanten und bisher noch zu wenig beachteten Zusammenhang macht Ludwig F. Fuchs in einem Aufsatz des „Kunstwunderers“ aufmerksam, in dem er die „Erfindung des Goldrubins“ durch den Alchimisten Johann Kunckelbecke nach. Man machte keinen Unterschied zwischen künstlichen und echten Steinen und schrieb auch den Edelsteinen aus Glas übernatürliche Wirkungen zu, trug sie als Talisman gegen den bösen Blick und zum Schutz vor Zauberei, benutzte sie für die Heilkunst. Diese Verwendung des Edelsteines in der Medizin war noch im 17. ja im 18. Jahrhundert so verbreitet, daß die Apotheken die reinsten Zinnobererz waren. Die Glasmacher bestreben sich, alle möglichen Edelsteine aus Glas nachzuahmen. So ist die Erfindung des Kristallglases auf den Wunsch zurückzuführen, den Bergkristall zu ersetzen, aus dem damals die kunstvollsten Gefäße geschliffen wurden.

Auch die Herstellung des Goldrubins, die Kundel einen so großen Ruf verschaffte, konnte nur dadurch als etwas so Wunderbares erscheinen, weil man diesen neuen Stoff mit dem Rubin gleichsetzte. Rubines Glas, das durch Zufall von Kupfer hergestellt wurde, war ja schon den Alten bekannt. Die mittelalterlichen Alchimisten, die gleich eifrig nach der Erzeugung von Gold, Rubinen und der „roten Tinktur“ strebten, verwendeten auch Glas zur Erreichung ihrer Zwecke. Verschiedenen Glasmachern und Chemikern war es schon gelungen, eine rubinartige Masse herzustellen. Aber Kundel war der erste, dem es glückte, größere Mengen dieses „Goldrubins“ in gleichmäßiger Farbe zu erzeugen. Man glaubte daß dieser künstliche Rubin all die geheimnisvollen und seltlichen Eigenschaften für Leib und Seele in sich trage wie der natürliche, und diese Kunst trug mit dazu bei, daß der große Kurfürst Kundel in seinen Diensten nahm, damit er nun für ihn Gold mache. Aus dieser Gleichsetzung des Goldrubins mit dem Rubin erklären sich auch die besonders kostbaren und kostbaren Formen, die man den Goldrubingläsern gab. Man beherrschte diese Gläser so sehr, weil sie der darin aufbewahrten Flüssigkeit heilvolle Kräfte mitteilen sollten, die mit der Zeit immer stärker wurden. Nebenher, die nicht instand waren, das Rubinrot zu erzeugen, brachten in ihren Gläsern meistens eine „Rubinblase“ an, nämlich einen aus Rubinrot in der Form der Schlange dem Schemel der Gesundheit, durch die dem Trank die wunderbare Wirkung verliehen werden sollte.

H. Regis: **Die Börsenspekulanten**

Herr Rogne, der Untersuchungsrichter, beschäftigt sich eifrig mit der Pflege seines Käses, als der Angeklagte hereingeführt wurde: diese Beschäftigung sollte dazu dienen, seine Aufregung zu bändigen. Er war tatsächlich ärgert — mehr als jemals während seiner ganzen Karriere. Kein Wunder! Bisher in einem Provinznest amtierend, hatte Herr Rogne nur Leute zu verurteilen gehabt, die Hühnerdiebstahl begangen, im bezogenen Zustand etwas Ungehöriges angestellt, sich gepöbeln oder die Nachrede gestiftet hatten. Und man war ihm das Glück in ganz unerhörter Weise gütig gewesen! Einer seiner Vorfahren war Deputierter geworden, und da hatte man sich im Ministerium des vergessenen Herrn Rogne erinnert. Ganz in der Stille, im Handumdrehen, war er Untersuchungsrichter in Paris geworden! Nun er das erste Alterskündchen in der Hand hielt und den ersten Angeklagten vor sich hinstellen sah, lastete die Bürde seines Richteramtens ganz besonders schwer auf seinen Schultern. Der vor ihm Erschienene, eine Börsegröße, war ein Mann, der ein luxuriöses Leben geführt hatte. Noch gestern hatten vor ihm alle Bekannten ihre Hüte tief gezogen.

Herr Rogne ließ endlich seine Nase fallen, rühte den Kammern zurecht, strich durch seinen Bart, blinzelte auf und fragte in dem schroffen Ton, der ihm im Augenblick zu Gebote stand: „Sehen Sie sich! Sie sind Herr Celestin Roufflette, 54 Jahre, Bankier wohnhaft in der Rue de Châteaudun Nr. 57! Stimmt das? Schön. Ich danke!“

Herr Roufflette erwiderte mit lächelnder Miene, als befände er sich in einem Salon: „Ich freue mich ungemein, Ihre Bekanntschaft zu machen. Während meiner schon langjährigen Tätigkeit bin ich öfters in Berührung mit manchem Ihrer Herren Kollegen gekommen. Ich wage zu hoffen, daß sich auch unsere Beziehungen auf das angenehmste gestalten werden.“

Herr Rogne brachte diese Unbefangenheit aus dem Konzept. „Haben Sie noch keinen Anwalt?“ fragte er kurz. „Nein!“ entgegnete der andere, sein Bächeln beibehaltend. „Ich glaube, das ist überflüssig. Wenn wir uns einige Augenblicke unterhalten haben, werden Sie, dessen bin ich sicher, die Haltlosigkeit der gegen mich erhobenen Vorwürfe einsehen und die Einstellung des Verfahrens verfügen.“

„Gehten Sie Ihr Fall liegt schlammig genug. Die Anklage fußt auf Verstößen gegen das Gesetz über die Gesellschaften, Vertrauensbrüche, Irreführungen, betrügerische Handlungen werden Ihnen zur Last gelegt.“

„Was beweist das? Der onständigste Mensch kann angeklagt werden.“ Vor so viel Sicherheit verlor Herr Rogne ein wenig den Kopf. Er brauste auf: „Schließlich behaupten Sie auch noch, daß Ihre Sozialität zur Gewinnung von Radium am Nordpol ein ernst zu nehmendes Geschäft ist?“

„Behaupte ich natürlich. Es wird sich Ihrer Kenntnis nicht entziehen, daß Radium ein ebenso seltenes wie kostbares Metall ist. Die bekanntesten Fundstätten erschöpfen sich. Ich wollte nach neuen fahnden. Ein mir befreundeter Ingenieur hatte Radium im Norden Grönlands entdeckt. Das Unternehmen war so lochend, daß die Subskribenten zur Emission in Masse herbeiströmten.“

„Und das Geld der Dummköpfe — das unterliegt keinem Zweifel — saß in Ihre Tasche!“

„Sie kennen mich sehr schlecht! Die Expedition ist in Vorbereitung. Ich erzwangte nicht, die mir anvertrauten Depots in Schatzkammern anzulegen.“

„Haben Sie vielleicht auch Obligationen der tripolitanischen Eisenbahnen gekauft?“

„Nein!“ versetzte der andere im ruhigsten Ton der Welt. „Diese Eisenbahnobligationen sind stark heruntergegangen. Ihre Bourse dauert an.“

Herr Rogne erblühte. Er entsann sich plötzlich, daß die ganze Tätigkeit seiner Frau in Obligationen dieser Art angelegt war. Einen Augenblick vergaß er seine Rolle als Vernehmender und Richter. Er sah nur: sein Ruin stand bevor.

Er wandte sich zu dem Schreiber, der schattenhaft distret, dasaß: „Wollen Sie mir einen Gefallen tun? Ich brauche ein Buch — Sie werden es in der Bibliothek finden — das — den dritten Band der „Basilicorum“ von Heimbach! Wir warten!“

Als der Schreiber sich entfernt hatte, beugte sich Herr Rogne zu dem Bankier und fragte ängstlich: „Die Papiere der tripolitanischen Bahnen sind, meinen Sie?“

„Gewiß! Wenn Sie welche haben, verkaufen Sie, so lange es noch Zeit ist!“

„Da. Aber verkaufen ist nicht alles — es muß wiedergekauft werden!“

Herr Roufflette blinzelte verständnisvoll und sagte leise: „Sie möchten, daß ich Ihnen einen Rat gebe?“

„Nun, nicht gerade einen Rat — einen leisen Hinweis!“

„Wissen Sie, daß es gar nicht so leicht ist, einen Wink dieser Art zu geben?“

„Nun, mein lieber Herr Roufflette! Wir stehen uns jetzt nicht mehr als Angeklagter und Untersuchungsrichter gegenüber. Ich hoffe, wie Sie eben ganz richtig sagten, in ebenso gute Beziehungen zu Ihnen zu treten wie meine Kollegen. Ich zeige mich zuerst etwas schroff. Das verlangt das Recht. Entschuldigen Sie!“

„Auch Sie, lieber Herr, sind mir außerordentlich sympathisch, und es wäre bedauerlich, wenn wir wegen der unbedeutenden Befürsorge, die mich hierherführt, nicht auf eine Basis des Vertrauens gelangen würden.“

„Wir werden uns verstehen! Die sichersten Papiere sind?“

„Kein Zweifel, daß ich in guten Stücken gehandelt habe! Einstellung, des Verfahrens ist unerlässlich!“

„Ich fange an, es zu glauben. Die sichersten Papiere?“

„Danke! Nach dieser freundlichen Zusage habe ich nur noch das Recht, mich Ihnen als Freund zu empfehlen. . . Sie mühten? Ich ja, die Papiere! Nichts eifriger! Ich bitte um eine Schreibgelegenheit!“

„Nehmen Sie auf meinem Stuhl Platz! Da können Sie besser schreiben!“

Herr Roufflette ließ sich nicht zweimal bitten. Er setzte sich in den Stuhl des Untersuchungsrichters, nahm die Feder und notierte mit leichten Schrittschritten: „Nömiestier Expedier, 6 1/2 Proz., erste Hälfte Anlage große Zukunft. In fünf Jahren Verdoppelung des Kapitals. Obligationen des Valmas, 3 1/2 Proz. — großartige Bonanenerpotation. Kautschukaktien notiert 207 Francs, rückzahlbar mit 300. Pechelminnen. . .“ Der über die Tafel sich beugende Herr Rogne rieb sich inzwischen die Hände.

Autorisierte Uebersetzung von S. S.

Frieren und Erfrieren

Eine ungewöhnlich stabile Wetterlage bringt Winterfreuden aller Art mit sich; aber jede Medaille hat ihre Reverso, und wer sich im Freien aufhält, spürt die bekannnten und unermesslichen Wirkungen der Kälte an sich, die sich ihm, je nach Beronigung und Fettigkeit, bemerkbar machen. Zunächst tritt eine gesunde Rötung der Haut ein, die jedoch bei starker werdender Kälte nachläßt; die Haut wird dann bläulrot, und schließlich zeigt sich das Klappern vor Frost, das Arm-, Bein- und Raumbusteln befallt. Nur durch lebhafteste Bewegung kann man diese Wirkungen ausschalten, und wer Winter sport treibt, friert auch dann nicht, wenn das Quecksilber sehr tief unter dem Nullpunkt steht. Es ist erstaunlich, wieviel Kälte der Mensch ertragen kann. In den Berichten mancher Polarfahrer finden sich Angaben, bei denen uns im warmen Zimmer ein Kälteschauer über den Rücken läuft. Karfen berichtet häufig von Temperaturen von 30–40 Grad unter Null, und einmal verzeichnet er, daß er und seine Begleiter sich bei minus 50 Grad Celsius „sehr wohl befanden“. Aber man braucht gar nicht bis in die Arktis zu gehen; auch bei uns hat man anlässlich von Ballonaufstiegen sehr niedrige Temperaturen gut überstanden. Die Meteorologen Süring und Gerson, die im Jahre 1901 bei einer Reiseochfahrt eine Höhe von mehr als 10 000 Meter erreichten, machten eine Kälte von 40 Grad unter Null ohne Schaden durch. Es ist übrigens nicht die absolute Kälte, die zum Tod des Erfrierens führt; sondern es spielen einige andere Umstände eine wesentliche Rolle dabei. Ermüdete und erschöpfte Menschen oder solche, die unter der Einwirkung des Alkohols stehen, können bei niedrigen Temperaturen erfrieren, während kräftige und gesunde Personen auch durch sehr tiefe Temperaturen nicht den geringsten Schaden erleiden. Das Massensterben der großen Armees auf dem Rückmarsch von Moskau ist hauptsächlich auf die völlige Erschöpfung der auf suchtorligem Rückzug befindlichen Soldaten zurückzuführen gewesen.

Wirksamen Schutz gegen die Kälte und ihre Folgen gewährt natürlich die Abhärtung. Es gibt im Norden des amerikanischen Kontinents Indianerstämme, deren Angehörige selbst im härtesten Winter beinahe nackt gehen. Gleichwohl frieren diese Menschen nicht im geringsten. Sie haben nämlich in ihrer Jugend eine Abhärtungstour durchgemacht, die an Nachdruck nichts zu wünschen übrig läßt. Als Knaben müssen sich die Indianer gegenseitig mit Knuten peitschen, bis die Haut ganz rot ist, und dann in dem eiskalten Wasser der halbgefrorenen Flüsse baden; wenn sie größer geworden sind, müssen sie selbst in den kältesten Nächten nur nödrüchtig bekleidet, im Freien schlafen. Die Schwächeren überleben diese Abhärtungstour natürlich nicht, sie sterben an Kälte. Abhärtung durch Baden im Winter wird übrigens nicht nur bei den kanadischen Indianern geübt; wer an kalten Wintertagen die Um-

gebung von Berlin, das Seengebiet der Reichshauptstadt, durchstreift, kann die Beobachtung machen, daß es auch in unseren Breiten Leute gibt, die sich durch niedrige Temperatur nicht abschrecken lassen, ihr gewohntes kaltes Bad zu nehmen.

Wie friert man eigentlich? Das Gefühl selbst ist natürlich jedermann vertraut; weniger bekannt ist jedoch, wie die äußere Kälte durch den Körper nach innen gemeldet wird. Die Gefühlswerkzeuge des Körpers sind noch lange nicht völlig erforscht. Man weiß längst, daß einige Körperteile — Brust, Nasenflügel, Vorderarme — besonders empfindlich gegen Kälte sind; aber erst in neuerer Zeit hat man die wichtige Entdeckung gemacht, daß es für die Empfindungen von Kälte und Wärme verschiedene Organe in der Haut gibt. Es gibt „Kälte-“ und „Wärme“punkte, solche, die nur Kälteempfindungen, und solche, die nur Wärmeempfindungen geben. Wenn man mit einer ganz kalten Nadelspitze seinen eigenen Körper abtastet, kann man sie ziemlich leicht auffinden und ihre Verteilung feststellen. Auf jeden Quadratcentimeter der Haut kommen durchschnittlich 6 bis 23 Kältepunkte, gegenüber höchstens 3 Wärmeempunkten. Die Kältepunkte sind also viel zahlreicher vorhanden, auf dem ganzen Körper vielleicht 250 000 gegenüber 30 000 Wärmeempunkten. Diese Kältepunkte geben dem Hirn und Rückenmark Nachricht, daß der Körper friert und infolgedessen der Wärmeaustausch zwischen außen und innen anders geregelt werden müsse. Danach richtet sich, natürlich unbewußt, der Blutkreislauf. Wird die Kälte jedoch zu arg, dann verlagern die Gefäße in der äußeren Haut allmählich den Dienst; es entsteht die roteblau Färbung infolge der Blutstauung, einzelne Teile der Außenhaut, ja, ganze Gliedmaßen erfrieren; es bilden sich Frostblasen und andere unangenehme Erscheinungen, die als örtliche Erfrierungen zusammengefaßt werden, und unter Umständen, die schon angedeutet wurden, kann die Kälte einen Menschen töten.

Ein vorgeschichtlicher Wallisch. Ein merkwürdiges Mißverständnis hat zu einer wissenschaftlich bedeutsamen Feststellung geführt. Vor einiger Zeit entdeckten Arbeiter, als sie an der Küste von Ristings bei Halmstadt in Schweden einen Graben aus gruben, ein mächtiges Gebilde, das sie für ein in alter Zeit versunkenes Schiff hielten. Die nähere Untersuchung dieses seltsamen Gegenstandes ergab jedoch, daß es sich um die Ueberreste eines riesigen Erdbeinwaldes handelte, den man nunmehr allmählich vollständig ans Tageslicht fördern wird. Bis jetzt wurde ein gewaltiger Knochen ausgegraben, der eine Länge von nahezu 1 1/2 Meter aufweist. Im Lauf der wissenschaftlichen Untersuchung hat man festgestellt können, daß dieser Wallisch vor mindestens 5000 Jahren, also um das Ende der Eiszeit, gelebt hat.

Theater, Lichtspiele usw.

Sonnab. 12. 1. Städtische Oper
Fidelio
Sonnab. 13. 1. Städtische Oper
Oedipus

Staatl. Schiller-Theater, Charlitzb.
Ist er gut — Ist er böse?

Volkstheater
Die Bergbahn
Thalia-Theater
Ist er gut — Ist er böse?

GROSSES SCHAUPIELHAUS
Sonnabend, den 12. Januar, 8 Uhr:
Jubiläums- und Festvorstellung
CASANOVA
Musik: Johann Strauß
Bock: Schanzer u. Welisch
Musikal. Leitung: Ernst Hauke
Bock: Schanzer u. Welisch
Musikal. Leitung: Ernst Hauke
Premierencastung

ALFRED JERGER
v. d. Staatsoper Wien
Emmy Sturm
Anni Frind, Anny Ahlers
Irude Lieske, Siegfried Arno
Julia Serda, Marg. Kupler
Wilhelm Bendow, Paul Morgan
Fritz Blankenhorn, Picha, Geppert

LA JANA MARIANNE WINKELSTERN
THE COMEDIAN HARMONIS I S
SUNSHINEGIRLS JACKSONBOYS
Gesamtausstattung: Prof. ERNST STERN
Regie: ERIK CHARELL
Schauplatten in Originalbesetzung nur auf Elektro

CIRCUS BARUM
Berlin - Lichtenberg
Oderstr. Ecke Gärtelstr.
Eröffnung
12. 8 Uhr abends
Sonntag, 13. Januar
2 Vorstellungen
3 und 8 Uhr
mit einem Circus-Programm wie es sein muss.

Eintrittspreise
von 50 Pfennig bis 4 Mark

Der Circus ist gut geheizt.
Sonntag 10-11 Uhr öffentl. Probe u. Spallbesichtigung
11-12 Uhr Konzert
Eintritt Erwachsene 30 Pf. Kinder 20 Pf.

Rosenthal-Theater
Mädli
Barovsky-Bühnen
Rugby
Komödienhaus
Bevolte im Urlebenshaus
Sallenburg-Bühnen
Lesing-Theater
Katharina Kufe.
Planetarium am Zoo
Der Sternhimmel im Winter
Mars und seine Räder
Werden u. Vergehen d. Sterne

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Todesanzeigen
Eugen Vopfmann
Oskar Patzig
Karl Kerber
Otto Jahnke

SCALA
HARRY RESO
und weitere Varietè-Neuheiten
Sonnabend und Sonntag
Je 2 Vorstellungen

Deutsches Theater
Die Verbrecher
Kammerspiele
Die Komödie Olympia

AUSWANDERER
nach den
Vereinigten Staaten von Nordamerika
Beginnend mit dem 17. Januar 1929 werden die ameri-
kanischen Konsulate wieder neue Anträge auf Erteilung des
amerikanischen Einwanderungssatz vermerkt annehmen
Über zu verwendende Antragsformulare und sonstige Einzelheiten
stellen wir und unsere städtisch konzessionierten Auswanderungs-
Agenturen schon jetzt bereitwillig und kostenlos Auskunft
HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG
Vertretung in Berlin, am Zoo, Hardenbergstraße 39a-e und Unter den
Linden 8 und Potsdam Schiffahrts-A.G., Potsdamer Straße 103a.

NEUE WELT
Großes Bockbierfest
in den bayr. Alpen
und GROSSER ALPENBÄL
7 Kapellen - Neue Dekorations - 50 bayr. Medaillen
Eintritt 5 Uhr.
Ostwerke Aktiengesellschaft, Berlin.
In der Generalversammlung vom 11. Januar 1929 ist
folgende Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung ge-
nehmigt worden:
Bilanz am 31. August 1928

Central-Theater
Der Dickskopf
Zentral-Theater
Theater am Hollendorfsplatz
Die Zinker v. Edgar Wallace
Theater des Westens
Käthe Dorsch
Friederike

Schultheiss-Patzenhofer
Bilanz am 31. August 1928

Winter Garten
Drei Codonas
Heute und Sonntag
Je 2 Vorstellungen

METROPOL-THEATER
Lustige Witwe
Fritzi Massary
Regie: ERIK CHARELL

Betten
Eisenmöbel

CASINO-THEATER
Kamische Oper
Häuser der Liebe

THEATER DES WESTENS
Käthe Dorsch
Friederike

HALLER-REVUE
Täglich

Berliner Konzerthaus
Carnival
wie noch nie
täglich im Clou
Vom 5. bis 15. Januar 1929

Kamische Oper
Häuser der Liebe

Berliner Uik-Itio
Lustige Witwe
Fritzi Massary

Berliner Theater
Der letzte Schleier

Berliner Konzerthaus
Carnival
wie noch nie
täglich im Clou
Vom 5. bis 15. Januar 1929
geben wir auf alle regulären Waren, die
nicht zum Ausverkauf gestellt sind und
gegen sofortige Kasse gekauft werden
(ausgenommen Markenartikel)
15% Rabatt!
P. RADDATZ & Co.
Berlin, Leipziger Straße 122-23

Kamische Oper
Häuser der Liebe

Bilanz am 31. August 1928

Aktiva	
Anlagevermögen	64.267.413,43
Kassa	1.110.729,37
Wertpapiere u. Beteiligungen	14.928.926,17
Eigene Hypotheken	600.052,22
Guthaben bei Banken, Kon- solen- und Tochtergesell- schaften	18.000.739,68
Debitoren	9.283.727,67
Vorräte	5.78.517,45
Vorräte	5.203.317,53
	114.622.992,33
Passiva	
Stammkapital	50.000.000,-
Vorzugsaktien	1.000.000,-
Rücklagen	5.500.000,-
Rechtsverbindlichkeiten	67.123,77
Hypotheken	2.537.537,69
Nicht-abgehobene Dividenden	42.707,48
Wohlfahrtsfonds u. -kassen	1.435.033,24
Richard-Roedicke-Beamten- Pensionskasse	1.771.254,49
Walter-Sobornheim-Stiftung	104.647,22
Einlagen der Kunden und Angehörigen	27.792.039,-
Kontokorrenten	641.410,38
Rechts- und Gemeindefor- derungen	8.490.297,88
Steuer-Rückstand	1.428.741,70
Kreditoren und Akzepten	3.548.999,98
Reingewinn	10.384.856,07
	114.622.992,33

Bilanz am 31. August 1928

Vermögen	
Grundstücke und Gebäuden	953.071,-
Inventar	1.200.000,-
Hypothekendarlehen	1.908.113,-
Einlagen	49.124.718,08
Beteiligungen	4.122,-
Bankguthaben und sonstige Schuldner	25.343.635,90
Kasse, Wechsel sowie Guthaben bei Reichs- bank und beim Postcheckamt	926.921,72
	1.399.770,70
Verpflichtungen und Rücklagen	
Stammkapital und Vorzugsaktien	50.000.000,-
Gesetzliche Rücklage	1.000.000,-
Obligations	51.098,16
Hypothekenschulden	78.617,99
Nicht eingelagerte Dividenden	8.707,-
Bankschulden und sonstige Gläubiger	11.956.214,41
Vorjahr	8.654.478,14
	1.399.770,70
Gewinn- und Verlust-Konto am 31. August 1928	
Verlust	
Handlungskosten einschließlich Steuern	770.981,60
Reingewinn 1927/28 einschl. Gewinnvortrag vom Vorjahr	8.654.478,14
	8.879.459,98
Gewinn	
Vortrag vom Vorjahr	46.316,49
Bruttogewinn einschl. Zinsen	6.330.143,30
	6.376.459,79

Renaissance-Theater
"Das große ABC"
Regie: Gust. Harig
Sonn. nachm. 4 U. Frankell & Jürgens
Elite-Sänger
DIE JANUAR-SENSATION: **Krach**